Nr. 168 — Halle a. S., Freitag den 21. Juli 1911 — 22. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. mat. Postaufgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfg.

Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion: Nr. 888. Expedition: Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällig: Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. — Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Auswärtige Politik.

Zur Marokko-Affäre.

II. (Schluß.)

Das Gebiet der auswärtigen Politik ist deshalb für unsere Gegner immer noch ein Tummelplatz blödester Ideologien. Früher haben sie die gesamte Politik als eine Art Schachspiel der Diplomaten betrachtet, wo einer dem andern durch verblüffende Züge Zugeständnisse abzwingt. Wer heute noch die innere Politik in dieser Weise darzustellen wagte, der würde sich unsterblich lächerlich machen — dank der bald 50jährigen Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie. Aber in der auswärtigen Politik ist diese lächerliche Auffassung noch gang und gäbe. Als markantes Beispiel sei ein Artikel zitiert, den Herr Georg Bernhard — der sich einst für einen Sozialdemokraten hielt — Anfang Juli über die Marokkofrage veröffentlichte. Wir greifen folgende Stellen heraus:

„Am 8. April 1904 wurde zwischen England und Frankreich ein Abkommen über Marokko getroffen, ... das eigentlich nichts anderes als die Anerkennung des französischen Protektorats bedeutete... Deutschland hielt es damals für nötig, zu intervenieren... Zweifellos war das Eingreifen Deutschlands damals insofern eine politische Notwendigkeit, als der französisch-englische Vertrag einen wichtigen Faktor der von König Eduard betriebenen Einkreisungspolitik Deutschlands bildete. Wollte Deutschland sich nicht vollkommen isolieren lassen, so mußte es acte de présence machen (zeigen, daß es auch noch da sei)... Inzwischen war, wie damals allgemein erzählt wurde, Guido Henckel Fürst von Donnersmarck in halbamtlicher Mission in Paris tätig. Ob nun mit oder ohne Auftrag, jedenfalls scheint er eine recht deutliche Sprache gesprochen zu haben. Er, der ein Freund der Franzosen und ein guter Kenner der französischen Psyche war, glaubte den Frieden nur unter der Bedingung sichern zu können, daß er seinen französischen Freunden erzählte, Deutschland sei zum äußersten bereit..."

Also weil damals Deutschland in Herrn v. Bülow einen geschickten Schachspieler besaß und weil Herr v. Donnersmarck die französische „Psyche" (Gott, wie gelehrt!) so gut kannte, deshalb ist alles gut gegangen. Und heute? Was Herr Bernhard darüber zu sagen weiß, ist von klassischer Größe und Einfachheit:

„Wenn Frankreich jetzt einen großäugigen Politiker hätte, so wäre vielleicht die Stunde gekommen, wo die beiden Mächte... sich die Hand reichen... In Paris weilt zurzeit, wie ich höre, ein deutscher Großkaufmann, bei dem die leitenden Kreise sich eingehend über die wahren Absichten Deutschlands informieren können..."

Diese verblüffend geniale Idee zieht nur die richtige Konsequenz eines absurden Gedankens. Damit ist der Gedanke selbst abgetan. Es ist einfach kindisch, daß die Geschicke der Völker durch Privatgespräche eines Herrn v. Donnersmarck oder eines deutschen Großkaufmanns, der, „wie ich höre", in Paris weilt, entschieden werden sollen.

Aber verlieren wir damit nicht jeden Schlüssel zum Verständnis der auswärtigen Politik? Hört damit nicht jede Möglichkeit für uns auf, in sie ebenso nachhaltig einzugreifen, wie uns das in der inneren Politik nach schweren Kämpfen schließlich geglückt ist? — Doch wohl nicht. Tatsächlich versagt auch gegenüber den auswärtigen Angelegenheiten die materialistische Auffassung nicht. Man muß sie nur richtig anwenden. Da wird freilich meist ein Fehler gemacht, den man anfangs auch in der inneren Politik oft beging. Man meint, es müßten sich in jedem einzelnen Falle materielle Interessen nachweisen lassen, um deretwillen die Staaten einander in die Haare geraten. Aber in der inneren Politik haben wir diese grobe, oberflächliche Auslegung längst fallen lassen. Wir haben längst eingesehen, daß der Zusammenhang ein anderer ist. Auf Grund ihrer materiellen Bedürfnisse haben sich die Menschen zu Gruppen, zu Klassen zusammengeschlossen; diese Klassen operieren gegeneinander und ihre Kämpfe bilden den Inhalt der inneren Politik. Damit ist keineswegs gesagt, daß in jedem einzelnen Falle der Streit sich um ein materielles Interesse dreht. Wohl aber ist damit gesagt, daß die materiellen Interessen die Grundlage, die Situationen geschaffen haben, aus denen sich die politischen Ereignisse ergeben. — Bei der auswärtigen Politik kommt zu diesem Fehler noch ein zweiter hinzu. Man hat sich gewöhnt, in ihr lediglich den Widerstreit verschiedener Staaten zu sehen und sucht deshalb dahinter den Gegensatz wirtschaftlicher Interessen der verschiedenen Staaten. Jedoch einer der grundlegenden Sätze der materialistischen Auffassung (am Anfang des Kommunistischen Manifestes) lautet: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist eine Geschichte von Klassenkämpfen." Wenn es aber wegen Marokko zu einem Kriege zwischen Deutschland, Spanien, Frankreich, England kommen sollte, so ist das doch nie und nimmer ein Klassenkampf.

Der Sinn der materialistischen Auffassung muß also ein anderer sein. Es ist in der Tat dieser: ein wesentlicher Unterschied zwischen auswärtiger und innerer Politik besteht nicht. Auch die auswärtige Politik fließt letzten Endes nicht aus den Gegensätzen der Staaten, sondern aus den Gegensätzen der Klassen; oder sagen wir genauer: die Gegensätze der Staaten sind erst eine Folge der innerhalb jedes Staates bestehenden Klassengegensätze. Gerade beim Marokkoabenteuer ist das deutlich zu sehen.

Zunächst ist die ganze Marokkoaffäre ein Teil unserer Kolonialpolitik. Man muß schon sehr dumm sein, um nicht zu sehen, daß die Absicht besteht, in Agadir ungefähr ebenso eine „Pachtung" vorzunehmen wie in Kiautschau. Wie aber die deutsche Kolonialpolitik aus dem Interesse der Kapitalistenklasse geboren ist und im Gegensatz steht zu den Interessen der Arbeiterklasse, das hat die sozialdemokratische Presse oft genug nachgewiesen. In diesem besonderen Falle hat sich Georg Bernhard mit Erfolg bemüht, den Zusammenhang noch deutlicher zu machen. Er schreibt in dem erwähnten Artikel noch:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Tat wesentliche wirtschaftliche Interessen für Deutschland auf dem Spiele stehen. Es muß dem Aufe seiner Handelsfirmen Folge leisten... Allerdings liegt ein erheblicher Teil der umstrittenen Mannesmannschen Erzkonzessionen im südlichen Marokko. Aber in den letzten Jahren haben sich in jenen Gegenden auch andere Firmen niedergelassen... und auf deren Ruf, nicht etwa auf Reklamationen Mannesmanns, ist die Entsendung der Schiffe erfolgt."

Welch rührende Naivität, welch kindliche Unschuld, wie hier die Privatinteressen einiger Kapitalisten mit „wesentlichen Interessen für Deutschland" gleichgesetzt werden! Aber jedenfalls wird dadurch klar: wenn die deutsche Regierung überhaupt sich in den Marokkorummel einmischt und wenn infolgedessen eine Frage auswärtiger Politik entstanden ist, so ist das nur die Folge des Klasseninteresses der Kapitalisten. — Dazu kommt dann noch ein Umstand, der in unserer Presse schon hinlänglich gewürdigt worden ist: das plötzliche, scharfe Vorgehen der deutschen Regierung soll die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf Marokko lenken, soll die Leidenschaften aufrühren, soll mit einem Wort ein Wahlbluff sein. Eine gute Wahlparole möchte sich Herr v. Bethmann Hollweg verschaffen. Und daß die kommende Reichstagswahl eine Angelegenheit innerer Politik ist, die ganz wesentlich mit den Klassenkämpfen zusammenhängt, das wird man ja wohl nicht erst zu beweisen brauchen.

Halten wir so den Zusammenhang fest zwischen auswärtiger und innerer Politik, lassen wir uns nicht darüber täuschen, daß auch die auswärtige Politik letzten Grundes aus den inneren Klassenkämpfen der Völker entspringt, so verstehen wir, weshalb in dieser Frage wieder einmal alle bürgerlichen Parteien so einig sind. Linksliberale Männer, wie die Abgeordneten Müller-Meiningen, Eickhoff, Storz, haben bereits öffentlich dem Vorgehen der Regierung die Unterstützung sämtlicher bürgerlichen Parteien zugesagt, und das „linkfeste" aller liberalen Organe, das Berliner Tageblatt, hat die sozialdemokratischen Redner gedabelt, weil sie bei den Protesten gegen die preußische Wahlrechtskomödie auch einen Protest gegen den Marokkorummel eingeflochten haben. Das gemeinsame Klasseninteresse der Kapitalisten kam eben instinktiv zum Ausdruck.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen — das ist der Schlüssel zum Verständnis auch der auswärtigen Politik

Eine Thronrede des Militarismus.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Thronrede, mit der das neugewählte österreichische Parlament feierlich eröffnet wurde, ist ein Dokument, das sich nicht gerade wohltuend von früheren ähnlichen Dokumenten unterscheidet. Ein trockenes Aktenstück, von einer Nüchternheit und einem geschäftsmäßigen Stil, daß man an die hölzernen, langweiligen Kundgebungen des Bienerthschen Regimes erinnert wird. Kein warmes Wort, das zu Herzen ginge.

An die Spitze stellt die Regierung, der verfassungsmäßig die Verantwortung für die Thronrede zufällt, die militärische Forderungen. „Die überall rasch fortschreitende Entwicklung der militärischen Machtmittel erheischt auch bei uns eine erhöhte Fürsorge für die Wehrmacht." Das ist das Ulm und Auf des Regierungsprogramms, und aus dieser Basis heraus werden dann die übrigen Punkte des Programms entwickelt. „Versäumtes" soll „nachgeholt", „Unabweisliches sichergestellt" werden und die „eheste Verabschiedung" ist im „Interesse der Gesamtheit" notwendig. Nur so nebenbei wird von der zweijährigen Dienstzeit gesprochen. „Hierbei" soll „den Wünschen der Bevölkerung nach Verkürzung des Präsenzdienstes Rechnung getragen werden". Nicht einmal ausdrücklich wird also von der zweijährigen Dienstzeit gesprochen; damit sich die Bevölkerung nicht allzu große Hoffnungen macht, wird nur von einer „Verkürzung des Dienstes" gesprochen, die aber auch nicht durchgeführt, sondern der nur „Rechnung getragen werden" soll. Aus diesen Forderungen im Interesse des Militarismus ergibt sich ganz logisch als nächsten Punkt des Programms die Erhöhung der Steuern, die natürlich ebenfalls als eine „wichtige und unaufschiebbare Arbeit" hingestellt wird. Nur im Zusammenhang mit der „Erhöhung und Neueinführung verschiedener Abgaben wird dann auch der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des Staates gedacht. Das ist nicht etwa eine Uebertreibung, sondern ausdrücklich wird die Erledigung der Steuervorlagen verlangt, an die „um so entschlossener herangetreten werden" solle, „als nur unter der Voraussetzung einer durchgreifenden Finanzreform das Staatswesen seinen Aufgaben auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gerecht werden kann."

Und der Gedanke, daß alle soziale Tätigkeit nur ein Anhängsel der Steuererhöhung sein soll, die Steuererhöhungen zur Bedingung habe, wird dann weiter ausgesponnen und an der Sozialversicherung exemplifiziert. Wörtlich heißt es da:

In dieser Erwartung (nämlich daß die neuen Steuern bewilligt werden!) wird Ihnen meine Regierung neuerlich Vorschläge zur Lösung des Problems der Sozialversicherung unterbreiten. Hierbei sollen jene Gesichtspunkte nicht unberücksichtigt bleiben, die aus der praktischen Erfahrung in anderen Ländern und aus den bisherigen parlamentarischen Verhandlungen zu gewinnen waren.

Neben diesem umfassenden Reformwerke werden Sie sich auch mit einzelnen besonderen Maßnahmen zum Ausbau der Wohlfahrts- und Schutzgesetze für die arbeitenden Schichten zu befassen haben.

Vielleicht kann man aus dem Absatz über die Sozialversicherung — namentlich aus dem Passus über die Berücksichtigung der Erfahrung in anderen Ländern und der bisherigen parlamentarischen Verhandlungen — das Versprechen herauslesen, daß die Verschlechterung, die die bürgerlichen Parteien an dem Regierungsentwurf vorgenommen haben, insbesondere die verfehlten organisatorischen Bestimmungen, fallen gelassen, und nur die Verbesserungen, die vorgenommen worden, beibehalten werden sollen. Vielleicht! Die nächsten paar Wochen werden schon zeigen, wie das gemeint ist und ob die Hoffnung nicht trügerisch war. Aber davon abgesehen, wie lächerlich und bedeutungslos ist das, was die Thronrede über ihre sozialreformerischen Absichten zu sagen weiß. Man vergleiche damit, was die Thronrede, mit der das erste Parlament des allgemeinen Wahlrechts eröffnet wurde, darüber zu sagen wußte. Damals hieß es:

Gleichen Schrittes mit den politischen Umwandlungen sind die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Staates neu gestaltet worden. Wenn mir in meiner frühen Jugend die Aufgabe ward, die endgültige Befreiung der Bauernschaft von den Grundlasten zu bewirken, wenn seither die Freiheit des bürgerlichen Erwerbes in vollem Umfange geschaffen wurde, so hoffe ich zuversichtlich, daß es nunmehr gelingen wird, das staatliche Versicherungswesen durch die Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung auszugestalten und so für einen großen Kreis erwerbstätiger Mitglieder des Gemeinwesens ein Werk der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit zu vollenden ....

Damals war der Arbeiterschutz ein Punkt des Programms, heute ist er eine Art Notbehelf, ein notwendiges Uebel, ohne das man die neuen Steuern und die militärischen Forderungen nicht durchsetzen könnte.

Was sonst noch in der Thronrede an Arbeiten des Hauses angekündigt wird, ist meist nur eine übrigens nur in den allgemeinsten Ausdrücken abgefaßte Aufzählung von Vorlagen. Zu erwähnen wäre da bloß die Ankündigung einer Vorlage über die Abänderung des Gesetzes über die Geschäftsordnungsreform. Bezeichnend ist, daß auch hier die Verfasser der Thronrede nicht das Wohl des Parlaments vor Augen haben. Als Zweck der Reform wird „ein rascher Fortgang der Arbeiten des Reichsrats" angeführt; also in Wirklichkeit die rasche Bewilligung der Regierungsvorlagen. Auch die Thronrede des Jahres 1907 hatte eine Revision der Geschäftsordnung als notwendig erklärt. Aber wie ganz anders war diese Reform damals begründet worden! „Meine Regierung wird Ihnen Anträge unterbreiten, die darauf abzielen, bei den parlamentarischen Verhandlungen Freiheit und Ordnung zu paaren, den Gang der Arbeiten zu beschleunigen und so Ihrer Tätigkeit den Erfolg zu sichern." Jetzt handelt es sich nicht mehr um „Freiheit und Ordnung" im Parlament, sondern um die rasche und möglichst ungehinderte Bewilligung der Steuern.

Dann wünscht die Thronrede noch, daß die Beziehungen der beiden Böhmen bewohnenden Volksstämme dauernd geregelt werden, ohne darüber, wie sie sich das vorstellt, im Wesen mehr zu verraten, als daß das „auf der Grundlage gegenseitigen Einvernehmens" geschehen soll. Das ist ja ein sehr schöner Wunsch, aber das Problem besteht eben darin, wie dieses „gegenseitige Einvernehmen" zustande gebracht werden kann.

Zum Schlusse wird noch von dem innigen Verhältnisse zu den Verbündeten und von den freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten gesprochen, was einigermaßen im Widerspruch zu stehen scheint zu der Dringlichkeit, mit der am Anfang die „erhöhte Fürsorge für die Wehrmacht" verlangt wird.

Daß in einer solchen Thronrede mit keinem Worte der Teuerung Erwähnung getan wird, braucht nicht weiter zu verwundern. Ein Programm, das auf den Forderungen des Militarismus aufgebaut ist, kann für die drängendste Sorge des Volkes kein Wort übrig haben. Das ist das Programm, das die Regierung dem Volke verkündet, auf Grund dessen ihre Majorität erbeten wird: Nichts für das Volk, kein Arbeiterschutz, keine Maßnahmen gegen die Teuerung, aber alles für den Militarismus!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 20. Juli 1911.

Die württembergische Zweite Kammer

hat in ihrer Sitzung vom Dienstag das neue Sportelgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. In der der Ablehnung vorausgegangenen Sitzung kam es noch zu lebhaften Auseinandersetzungen über einige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0001

höchst bedenkliche Sporteln. Wir greifen nur einige der wichtigsten heraus. Die Regierung schlug vor, für die Erteilung der Erlaubnis zur gewerbsmäßigen öffentlichen Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen ohne höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft 25 bis 100 Mark, ferner für Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten 50 Pf. bis 100 Mark Sportel zu erheben. Die Kommission, die noch ausdrücklich die kinomatographischen Veranstaltungen im Gesetz namentlich aufführt, beantragte eine Abgabe von 3 Prozent der Roheinnahmen, wollte aber weiter bestimmen, daß der Betrag der Abgabe auch auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Steuerpflichtigen und der Steuerbehörde festgesetzt werden könne. In diesem Falle sollte die Abgabe betragen 50 Pf. bis 100 Mark für einen Tag, 3 Mk. bis 250 Mk. für eine Woche, 50 bis 2000 Mk. für ein halbes Jahr, 75 bis 3000 Mk. für ein Jahr. Die Abgabe soll vor Beginn der Veranstaltungen entrichtet werden.

Von der Abgabe befreit sollen sein wohltätige Veranstaltungen und solche, die ausschließlich belehrenden oder religiösen, sowie höheren künstlerischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen, wenn der Ertrag der Veranstaltung nicht zur Erzielung eines Gewinnes für den Unternehmer bestimmt wird. — Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Bestimmung, weil, wie der Abg. Heymann (Soz.) in der Begründung des Antrags hervorhob, der künstlerischen Entfaltung und Entwicklung, die jetzt auch die Arbeitermassen stark erfasse, durch solche Steuern schwere Fesseln angelegt würden. Der vorgesehene Höchstsatz der Sportel sei geeignet, künstlerische Veranstaltungen überhaupt unmöglich zu machen, vielfach handle es sich dabei auch um ideale Bestrebungen von jungen Künstlern, sich einen Namen zu machen. Außerdem werde der Steuerschnüffelei Tür und Tor geöffnet. — Der Antrag der Sozialdemokratie wurde jedoch mit 57 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur noch zwei Volksparteiler. Der Kommissionsantrag wurde angenommen. — Für eine Renaturalisationsurkunde verlangte die Regierung eine Sportel von 50 bis 150 Mark, die Kommission wollte die Sportel auf 500 Mark erhöhen. Dagegen wandte sich die Sozialdemokratie, die einen Gegenvorschlag machte, nach welchem sich die Sportel in einem Rahmen von nur 10 bis 150 Mark bewegen sollte. Der Antrag wurde abgelehnt. Nachdem es der sozialdemokratischen Fraktion nicht gelungen war, die ärgsten Anstände aus dem Gesetz zu entfernen, stimmten sie in der Schlußabstimmung gegen die ganze Vorlage.

Zentrum und Reichsfinanz„reform".

Bis zum Ueberdruß sind wir aus den Zentrums- und Junkerblättern belehrt worden, daß es um den Steuerraubzug des Jahres 1909 doch ein gar herrlich Ding sei, weil nur durch ihn die „Gesundung" der Reichsfinanzen herbeigeführt werden konnte. Und außerdem sei es gar nicht wahr, daß die Finanzreform Unzufriedenheit im Volke verursacht habe. Wo solche Hetze, sei sie künstlich durch die Liberalen und die Sozialdemokraten herbeigeführt worden. Namentlich in Zentrumsblättern konnten wir's so oder ähnlich lesen, während die Junkerpresse des arbeitenden Volkes wegen nicht soviel Worte machte, ihre Leser brauchten ja nicht eingeseift zu werden.

Im krassen Widerspruch zu den irreführenden Aeußerungen der Zentrumspresse über die Volksmeinung zur Reichsfinanzreform steht, was in einer Versammlung des mehr als 12 000 Mitglieder zählenden Zentrumskonsumvereins Wohlfahrt zu Werden bei Essen gesagt und beschlossen wurde. Ein Herr Schlack, Vorsitzender des Verbandes westdeutscher „christlicher" Konsumvereine, führte in seinem Vortrag über Die Steuerfrage und die Konsumvereine aus, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht darüber im Unklaren sein sollten, daß auch unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien eine weitgehende Mißstimmung gegen die letzte Reichsfinanzreform vorhanden sei. Kaum habe sich diese Erregung etwas gelegt, da erscheine schon wieder der Antrag Hammer im Abgeordnetenhause (der die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine will), dessen letzte Konsequenz eine weitere Verteuerung der Lebensmittel für die breite Masse bedeutet.

In der Entschließung, die nach dem Referat einstimmig gefaßt wurde, heißt es:

„Die Versammlung verurteilt den Antrag Hammer ferner aus dem Grunde, weil seine Durchführung wiederum eine Verteuerung der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse für diejenigen Volkskreise bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben (Kaffee, Tabak, Bier, Zündhölzer usw.)."

Interessant ist, daß in dieser Versammlung der Zentrumsabgeordnete Imbusch anwesend war, der also, da die Resolution einstimmig beschlossen wurde, mit in vorstehender Weise gegen die vom Zentrum verteidigte Reichsfinanz„reform" votiert haben muß. Uebrigens mußte dieser Herr sich sagen lassen, daß im preußischen Landtage gegen den volksfeindlichen Antrag Hammer nur die sozialdemokratische Partei entschieden Front gemacht habe. Er verteidigte sich damit, daß den Abgeordneten von den Konsumvereinen kein Material zugestellt werde!

Jedenfalls zeigt sich an diesem Vorgange, daß die Behauptungen des Zentrums, seine Schäflein seien einverstanden mit der von ihm im schwarz-blauen Block geübten Steuerpolitik, nichts als eitel Flunkerei sind.

Die Post und die Reserveoffiziere.

Ein schäbiges Wahlmanöver.

Daß es gerade die Post gewesen ist, die den bekannten Brief eines Reserveoffiziers veröffentlichte, in dem dieser für das Recht der Reserveoffiziere eintrat, unter Umständen sozialdemokratisch zu wählen, war einigermaßen auffällig. Die Post ist von der reaktionären Presse scharf angegriffen worden, weil sie es mit der Veröffentlichung des Briefes überhaupt erst ermöglicht hat, daß diese Frage zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gemacht werden konnte. Am schärfsten gingen in dieser Hinsicht die Hamburger Nachrichten vor. Das so gestäupte Scharfmacherblatt, das an Ansehen längst nichts mehr einzubüßen hat, rückt nun mit folgendem niedlichen Geständnis heraus:

..... Wir können ferner den Hamburger Nachrichten verraten, daß wir, als wir die Frage aufrollten, uns dabei der Billigung sehr hoher militärischer Kreise sicher wußten; man hat uns gegenüber es als erwünscht erklärt, daß der Brief zur Veröffentlichung gelange und so zur Klärung der Frage Veranlassung gäbe. Die Frage mußte vor den Reichstagswahlen aufgerollt werden, und sie wurde am zweckmäßigsten eben so aufgerollt, wie wir es taten. Das Reserveoffizierkorps sollte darüber selbst reden, welches der Geist in seinen Reihen war. Das war viel wirkungsvoller, wie wenn wir von Anfang an das gesagt hätten, was gesagt werden mußte und was ja jeder wußte, der uns kannte.

Also um ein ganz schäbiges Wahlmanöver hat es sich bei der ganzen Aktion gehandelt. Den Reserveoffizieren sollte auf diese Art nachdrücklichst zu Gemüte geführt werden, daß sie unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten ihre Stimme geben dürfen. Die Post hat, wie sie selber zugesteht, den Brief erst hohen militärischen Stellen, doch wohl dem Kriegsministerium, vorgelegt und erst, nachdem man sich damit einverstanden erklärt hatte, ist der Brief veröffentlicht worden. Es entsteht der Verdacht, daß der Brief überhaupt keinen Reserveoffizier zum Verfasser hatte, sondern daß es sich um eine Stilübung handelte, die in der Redaktion der Post selber ihren Ursprung hatte. Für den kommenden Wahlkampf eröffnen diese Methoden ja recht nette Aussichten. Die „maßgebenden Stellen" dürften aber gut tun, sich klügerer Reptile zu bedienen, als die Post es ist.

Kommunale Wahlrechtsräuber.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie treibt das Bürgertum von einem reaktionären Schandstreich zum andern. Mit dem Anwachsen der organisierten Arbeiterarmee geraten immer mehr Positionen des Bürgertums, die der Förderung seiner Macht- und Wirtschaftsinteressen dienen, ins Wanken, und da es längst auf den ernstlichen Kampf mit geistigen Waffen verzichten gelernt hat, weiß es sich in solchen Situationen nicht mehr anders zu helfen, als durch die Anwendung der brutalen Gewalt. In dem nordschleswig-holsteinischen Städtchen Pinneberg ist man im Zeitraum von wenigen Jahren jetzt schon zum zweitenmal dazu geschritten, durch infame Wahlrechtsverschlechterungen die Arbeiterschaft um die ihr zustehende Vertretung in der kommunalen Körperschaft zu prellen. Am letzten Donnerstag begründete der Bürgermeister der Stadt einen Magistratsantrag auf Abänderung des Ortsstatuts, der darauf hinausläuft, Hunderte von Arbeitern um das kommunale Wahlrecht zu bringen. Er erklärte kurz und bündig, bei Aufstellung der Bürgerrolle habe sich ergeben, daß ein sehr großer Zuwachs zu verzeichnen sei, und dieser hauptsächlich der Sozialdemokratie zufallen werde. Daher sei es leicht möglich, daß die Bürgerlichen nicht mehr ihre Kandidaten durchbringen könnten, das hätten schon die letzten Wahlen gezeigt. Er richtete die Mahnung an die bürgerlichen Vertreter, da sie jetzt noch die Macht in Händen hätten, diese auszunutzen und statt 1050 Mk. 1500 Mk. zu setzen, da sonst bei der nächsten Wahl der vierte und im folgenden Jahre der fünfte und sechste Vertreter dieser Partei gewählt würden. Er wolle wohl den Arbeitern eine Vertretung gönnen, sie aber nicht zur Macht kommen lassen. Diese rücksichtslose den Machtstandpunkt betonende „Begründung" war den bürgerlichen Vertretern völlig genügend. Sie hielten es nicht für notwendig, auch nur mit einem Wort auf die scharfe Kritik ihres Verhaltens durch unsern Redner zu antworten, und stimmten dem Entrechtungsantrag glatt zu. Wozu sich auch noch in geistige Unkosten stürzen, wenn man die Macht in Händen hat!

Deutsches Reich.

— **König Landrat bestimmt in Preußen!** Die Bewohner der Gemeinde Uschlag (Kreis Münden, Hannover), Arbeiter und Kleinbauern, waren der seitherigen Vetternwirtschaft auf dem Gemeindehause überdrüssig geworden und wählten am 23. April kurzerhand mit großer Mehrheit vier Arbeiter zu Beigeordneten. Nun unterlag diese Wahl der Prüfung durch den Landrat und der dekredierte in althergebrachter Weise:

Die Bestätigung der in der Gemeindeversammlung zu Uschlag vom 23. April 1911 zu Beigeordneten gewählten Personen (folgen Namen) wird unter Zustimmung des Kreisausschusses auf Grund des § 26 der Landgemeindeordnung und des § 31 der Kreisordnung vom 6. Mai 1884 versagt, weil die Gewählten sich wegen ihrer bewußten Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zur Wahrnehmung eines obrigkeitlichen Amtes nicht eignen.

von Stockhausen."

75 Prozent der wahlberechtigten Gemeindebürger wählen die vier Arbeiter, weil sie diese für befähigter zur Führung der Gemeindegeschäfte halten, als die bisherige agrarische Verwaltung. Dem Landrat aber ist dieser Wille der Wähler Lust, für ihn sind Sozialdemokraten minderen Rechts. Es ist unglaublich, wie die Bureaukratie verfährt, aber echt preußisch! Dieser Fall zeigt neben vielen anderen wieder einmal erklatant, wie tief wir in Preußen noch in mittelalterlichen Zuständen stecken. Mit dem Sturz des Dreiklassenwahlrechts wird auch die Macht der preußischen Bureaukratie gebrochen werden!

— **Zwei Jahre Festung für einen Duellmord.** Der Leutnant Freiherr v. Richthofen, Sohn des verstorbenen Staatssekretärs des Auswärtigen, hatte mit dem Maler von Gaffron Geldgeschäfte gemacht. Der Offizier trat dem Maler eine Erbschaft von 40 000 Mark ab und erhielt dafür 25 000 Mark bar. Seine Brüder, der bekannte antisemitische Oberlandesgerichtsrat v. Richthofen in Jena und der Legationsrat von Richthofen regelten die Sache schließlich so, daß von Gaffron sich mit der Rückzahlung der 25 000 Mark nebst den üblichen Zinsen zufrieden gab. Zwischen dem Leutnant und dem Maler hatte sich natürlich ein sehr gespanntes Verhältnis entwickelt, das schließlich dazu führte, daß dem Maler eine Forderung zum Duell zuging. Dieser lehnte ab, indem er die Satisfaktionsfähigkeit des Offiziers bestritt. Die Folge war ein beleidigender Brief, auf den der Maler mit einer kräftigen Ohrfeige antwortete, die er dem Leutnant v. Richthofen in einem Berliner Weinlokal verabreichte. Nunmehr kam es zu dem Duell, das damit endete, daß der Offizier den v. Gaffron niederschoß. Für diese Tat erkannte das Kriegsgericht auf die zulässige Mindeststrafe von zwei Jahren Festungshaft. Die Urteilsbegründung stellt geradezu ein Ehrenzeugnis für den Leutnant v. Richthofen dar, der nach alledem bestimmt auf baldige Begnadigung hoffen darf. Und da sage dann noch einer, daß es in Preußen kein gleiches Recht gibt!

— **Soldatenmißhandlungen.** Die Koblenzer Volkszeitung berichtet in ihrer Nummer 409 über nicht weniger als drei Soldatenmißhandlungsprozesse aus der Garnison Koblenz. Das Kriegsgericht befaßte sich mit dem Sergeanten Quade vom Trainbataillon Nr. 8 wegen vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener. Er

---

Zwei feindliche Welten.

Roman aus der Arbeiterbewegung.

Von **Jan van den Tempel.**

Aus dem Holländischen übersetzt von Georg Gärtner.

22] [Nachdr. verb.

Hendrik wartete nachdenklich; ein spöttisches Lächeln zog um seinen Mund. — „Es wäre eine närrische Geschichte, Prinzipien — verstehst du was davon, Liebchen? Nein? Und von Idealen — Idealen, hörst du, für die die Menschen sich auf die Folterbank spannen lassen? Auch nein? Und von Armut? Ach, den rechten Sinn dieses Wortes kannst du ja doch nicht erfassen. — Komm, Kind, du darfst nicht so drängen, du würdest es ja doch nicht verstehen."

Es lag etwas Verletzendes in dem Tone, in dem er die letzten Worte aussprach; ihr Gesichtchen blickte trauriger als zuvor. Sanft streichelte er ihre Wange.

„Eine Mutter liebt am meisten ihr unglückliches Kind — und ein Mensch träumt am liebsten von seinen trübsten Tagen. — So, nun weißt du es."

Sie zögerte, ergriffen durch das Melancholische, das in seinen Träumeraugen lag — begierig, mehr zu erfahren.

Er zog sie mit beiden Händen von der Böschung und schloß sie in die Arme, so daß sie aufjauchzte vor Lust.

„Eben wollte ich ein Häuschen in das Dickicht bauen, aber allein wäre es hier doch zu langweilig," scherzte sie.

Er lachte befriedigt. — „Ein Haus in der Stadt, in dem wir beisammen wohnen, ist wohl auch so gut."

„Einen Palast," verbesserte sie. „Ich bin ein Prinzeßchen — und du bist der Prinz."

Ihre Worte ernüchterten ihn. Er war ja noch ein blutarmer Schlucker — und das Bild, das er sich eben erworben hatte, gehörte doch in Gold gefaßt!

Während sie der Stadt zuradelten, überlegte er die Notwendigkeit, vor allen Dingen eigene Interessen wahrzunehmen.

XXII.

Der Bau war nahezu vollendet. Draußen am Kanal erhoben sich die fünf hohen Gebäude von roten, weiß gefugten Backsteinen und gedeckt mit glasierten, gelben Ziegelplatten. Jedes Stockwerk hatte eine Reihe hoher Fenster, die unsere größere Scheibe von durchsichtigem, die obere kleinere von buntem Glase, und einem kleinen Balkon, auf den eine mit Selbstschließer versehene Tür führte. Zwei Türen, jetzt noch unansehnlich in der dunkelgrauen Grundfarbe, verliehen Zutritt zu jedem einzelnen Hause: die eine zum Erdgeschoß, die andere zu den Stockwohnungen. Eine riesige Spiegelscheibe im Parterre des mittleren Hauses verriet, daß hier ein Laden eingerichtet wurde.

An den Fensterchen der dritten Etagen in den beiden ersten Häusern hingen schon Gardinen, im zweiten Stock des Geschäftshauses zeigte ein schräg über die Scheiben geklebtes Plakat an, daß auch diese Etage schon vermietet war. Die beiden anderen Häuser waren nicht so weit vorgeschritten; Stukkateure, Zimmerleute und Maler wimmelten durch einander.

In Jan Laden sah es aus wie in einer Rumpelkammer; Farbtonnen und Büchsen standen und lagen haufenweise umher. An der Frontseite malte ein junger, mürrisch aussehender Maler; ein flaches Mützchen hing ihm auf dem Hinterkopfe, ein farbenbefleckter Kittel fiel ihm bis über die Knie hinab. Ganz und gar in seine Arbeit vertieft, setzte er die Türränder mit grüner Farbe ab von etwas dunklerer Tönung wie die Farbe der Frontseite.

Hendrik sah ihm von der Seite aufmerksam zu. Als der Maler fertig war, trat er ein paar Schritte zurück, um den Effekt seines Werkes zu beurteilen.

„So, Herr," brummte er, offenbar befriedigt, „jetzt morgen noch etwas Lack, und die Geschichte ist in Ordnung."

Hendrik zuckte verächtlich die Achseln.

„Ach, Biet, machen Sie doch keine Faxen! Diese Front muß noch mehr aufgefrischt werden, das gibt dem Bau Schick." — Erklärend hob er den Finger. „Diese beiden Säulchen müssen Silber und die Schmetterlinge und Korallen noch mehr Rot bekommen, auf den eisernen Türanleger muß ein kleines Muster."

„Wenn der Alte mich etwa anschmieren will — mit mir ist nichts ausgemacht," versetzte der Maler entschieden.

„Bleibt mir gleich."

„Ich will ihn mal rufen," murrte Biet. Er lief zum letzten Hause und schrie in das Treppenhaus hinein. Meister Honing trippelte die Treppe herab.

„Der Herr will," so überfiel ihn Biet, „die Säulchen mit Silber, alles mit Rot abgesetzt und eine Schablone auf dem Anleger. Davon weiß ich nichts."

„Pff," seufzte das Meisterchen, einen Moment stehen bleibend und überlegend, während sein rundes Gesicht vor Konsternation glühte.

Auf Hendrik zutretend, richtete er seinen Kennerblick wohlgefällig auf die Hausfront.

„Es ist so viel hübscher," suchte er in süßlichem Tone zu überreden.

„Es schmeichelt dem Auge nicht."

„Nun, nun, Herr Müller, da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Es wird viel zu bunt, viel zu auffallend."

„Machen Sie sich darüber keine Sorgen," lachte Hendrik.

„Na, Biet, Sie haben es ja gehört, da ist nichts zu machen."

„Also im Stundenlohn?" fragte der Maler.

„Im Stundenlohn?" Das Meisterchen wurde rot vor Wut. „Sie haben den Plunder übernommen mit allem, was drum und dran hängt. Ich soll das Risiko tragen und Sie wollen das Geld einstecken? Nein, mein Lieber, da sind Sie an die falsche Schmiede gekommen."

„Ich arbeite nicht zu anderer Leute Vergnügen," entschied Biet.

„Ja, freilich, oben drein auch noch 'n großen Schnabel," rief Honing. „Nun ja, der Meister kann ja von der Luft schnappen. Für 'nen Spottpreis übernimmt man die Kisten — nur wegen der Leute, ihr aber glaubt immer am Fettnapf sitzen zu dürfen. Was für 'n Zustand — was für 'n Zustand!"

„Das Gejammer ist mir zu langweilig," brummte Hendrik sich abwendend. „Lächerlich, wegen ein paar Gulden solch einen Spektakel zu machen."

Er schritt Brandsen entgegen, der, sein Rad an der Hand führend, über die Brücke kam.

„Hatten Sie Krach mit Honing?" fragte der Unternehmer heiter.

„Denken Sie sich, der findet die Hausfront außerordentlich schön; er soll sie mit Rot und Silber absetzen, das frischt den Plunder auf."

„Eine Kleinigkeit," meinte Brandsen.

„Ganz recht, aber das Meisterchen und seine Leute lassen sich das Geld schenken; doch da sind wir nicht zu Hause."

„Da sind wir nicht zu Hause," lachte der Unternehmer.

Hendrik rief einen Zimmermannsjungen herbei, der das Rad des Herrn Brandsen in den Schuppen brachte.

Bei der Besichtigung der Bauten kamen die Herren auch in die untere Wohnung des letzten Hauses, wo in einem kleinen Raum eine Anzahl Taglöhner schafften.

Der Unternehmer zählte sie lächelnd. „Sechs Mann."

„Noch nicht genug. Ich muß am Mittwoch fertig sein."

Der Unternehmer wurde still.

Um den Block herumgehend, blieb Brandsen an der Ecke bei der Brücke stehen. „Sehen Sie," erklärte er, „nun schließt hier das Eckhaus an; das wird natürlich auch ein Laden. In der Verlängerung der Brücke kommt eine Straße; mit dem Eckhaus bauen wir noch zwölf Kasten. 'n Unternehmen, was? Kolossal! Wir müssen die Geschichte nun abmachen; auf dem Kontor können wir die Sache in aller Ruhe besprechen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0002

von Soldaten in zwei Fällen furchtbar abgehetzt und sie dann schweißtriefend sich in den kalten Hofstellen lassen, so daß die Leute sich schwere Erkältungen zugezogen haben. Er war ferner angeklagt, sämtliche Angeklagte seiner Reitabteilung vorschriftswidrig behandelt zu haben. Es hielt sehr schwer, aus den einzelnen Zeugen etwas herauszubringen — die ständige Erfahrung der Militärgerichte in Mißhandlungsprozessen. Unade erhielt infolgedessen nur drei Tage wegen eines Falles.

Der Unteroffizier Metzgenberg vom Feldartillerieregiment Nr. 23 wurde wegen Mißhandlung in elf Fällen und wegen Anstiftung zur Mißhandlung von Rekruten durch „alte Leute" in einer dunklen Stube zu vier Wochen Mittelarrest, und der Unteroffizier Aljier vom Infanterieregiment Nr. 30 wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Persien.

Der Staatsstreich des Erschahs.

Die gestrige Nachricht von der Landung des Erschahs auf persischem Boden wird auch von Wien aus als zutreffend bestätigt. Auf der Wiener persischen Gesandtschaft ist man der Meinung, Mohammed Ali werde jedenfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, da die Bevölkerung gegen ihn sei. Er werde, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nur von den Turkmenen unterstützt; er dürfte aber auch die Unterstützung Rußlands finden.

Die Landung des früheren Schahs Mohammed Ali erfolgte bei Komeschteps am Kaspischen Meere in der Nähe von Asterabad. Er stand mit den dortigen Turkmenen schon seit einiger Zeit in Verbindung. Während der Zeit, in der Hussein Kuli Khan im vorigen Jahre Minister des Aeußern war, wurden wegen dieser Intrigen bei dem Gesandten Großbritanniens und Rußlands ernste Vorstellungen erhoben, von diesem aber ignoriert. Nach den bei der persischen Regierung eingegangenen und beiden Gesandtschaften auch mitgeteilten Nachrichten war der frühere Schah in der letzten Zeit mehr als je beschäftigt, Intrigen gegen die jetzige Regierung anzuzetteln. Sein Günstling, Mujalal es Sultan, der im Jahre 1909 ebenfalls als Schutzbefohlener in Rußland aufgenommen wurde und jetzt plötzlich in der Provinz Aserbeidschan unter den Schahsevennen aufgetaucht ist, reizt diese zur Empörung auf. Andere Anhänger des Schahs landeten mit einem großen Vorrat an Patronen in Baku und erhielten trotz der Vorstellungen der persischen Regierung die Erlaubnis, sich nach Petrowsk zu begeben, wo sie eine Besprechung mit den Turkmenenhäuptlingen hatten.

Die persische Regierung geht mit Entschlossenheit gegen die Pläne des Erschahs vor. Das neue Kabinett trat am Mittwoch zu einem Kabinettsrat zusammen, dem der Regent beiwohnte. Verschiedene hervorragende Persönlichkeiten und Führer, so auch der oberste Polizeichef, bereiten sich, die Regierung ihrer Unterstützung gegen den früheren Schah zu versichern. Das Geleit Mohammed Alis durch russische Behörden und die ihm gewährte Erlaubnis, ihr Gebiet zu durchziehen, wurden einer allgemeinen Erörterung unterzogen.

Marokko.

Spanien und Frankreich.

Wie aus San Sebastian berichtet wird, hat die spanische Regierung Frankreich bereits eine erste Genugtuung gegeben. Der Minister des Aeußeren hat dem französischen Geschäftsträger gegenüber das Bedauern der Regierung ausgedrückt, daß die spanischen Zeitungen im Rif im mißliebiger Weise von dem Hauptmann Maureau berichtet haben. Ferner wurde dem spanischen Befehlshaber in Elfsar untersagt, Deserteure der scherifianischen Armee anzuwerben. Er wurde weiter angewiesen, die Waffen solcher Deserteure dem Sultan zurückzusenden. Cancilejas hat dem Obersten Silvestres dem spanischen Geschäftsträger in Tanger und dem spanischen Konsul in Karrasch die Weisung erteilt, daß dem französischen Konsul vollständige Genugtuung gewährt werde.

Weiter hat der spanische Botschafter in Paris dem französischen Minister des Aeußeren erklärt, wenn die spanischen Agenten die Umstände bestätigten, unter denen die Festnahme Boiffets erfolgt sein solle, so könne die spanische Regierung nicht umhin, den Vorfall zu bedauern und sich mit Frankreich über notwendige Entschädigung zu verständigen.

Amerika.

Die Revolution auf Haiti.

Nach Meldungen von Port-au-Prince haben die Aufständischen die Regierungstruppen bei Trou geschlagen. Unter den Ausländern herrscht große Beunruhigung. Das Kriegsschiff Antoine Simon, vormals Konsul Grotstück ist kampfunfähig. Aus Kingston wird gemeldet, daß einige angesehene Deutsche aus Haiti wegen angeblicher Förderung der Revolution ausgewiesen worden seien.

Infolge der neuesten Erfolge der Aufständischen liegen in Kap Haitien die Geschäfte still. Sämtliche Läden sind geschlossen. Die Aufständischen nahmen mehrere Städte ein und rücken gegen die Hauptstadt vor. Die Lage ist sehr ernst.

Afrika.

Niedermetzelung einer deutschen Militärpatrouille?

London, 19. Juli. Dem Reuterschen Bureau wird aus Livingstone (Rhodesia) gemeldet: Der Verwaltung ging von Sesheke an der Grenze von Deutsch-Südwestafrika die Nachricht zu, nach Gerüchten, die unter Eingeborenen umliefen, sei eine Patrouille, bestehend aus dem Distriktskommissar v. Frankenberg, zwei weißen Sergeanten, 14 schwarzen Polizisten und 20 Trägern, von Leuten des Okawangostammes in Ngamiland niedergemacht. v. Frankenberg sei auf einem Maultier entkommen. Die Nachricht sei bisher unbestätigt. Das Reuterische Bureau erfährt dazu, daß auch die Charterei Company keine Mitteilung erhalten habe, trotzdem Ngamiland auf englischem Gebiet liege. Die Anwesenheit der deutschen Patrouille auf englischem Boden erkläre sich daraus, daß die Grenze noch nicht genau festgelegt sei.

In Berlin liegt an amtlicher Stelle keinerlei Meldung über den Ueberfall vor. In maßgebenden Kreisen ist man aber der Meinung, daß es sehr wohl möglich sei, daß der Ueberfall stattgehabt hat und auch, daß das Gouvernement Windhuk erst sehr spät von den Ereignissen im Caprivizipfel Kenntnis erhält. Es sei kaum anzunehmen, daß die Nachricht völlig aus der Luft gegriffen sei, nur ist die Tatsache des Ueberfalls vielleicht aufgebauscht worden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart veröffentlicht soeben den Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis zum 30. Juni 1911. Die Mitgliederzahl stieg in dieser Zeit von 5141 auf 6833, das ist um 1692. Verhältnismäßig noch erheblicher ist die Zunahme der weiblichen Mitglieder, von 241 auf 481; die Zahl hat sich also mehr als verdoppelt. Die Zahl der Wochenbeiträge (männliche Mitglieder 10 Pf., weibliche Mitglieder 5 Pf.) stieg von 228131 auf 292087, das ist um 63956 Beiträge. Es gelangten 163000 Flugblätter und 7304 Broschüren zur Verbreitung. Der Kassenbericht schließt mit 35544 M. Einnahme und 36382 M. Ausgabe. Die Mehrausgabe von 837 M. erklärt sich dadurch, daß der Verein zwei Wahlkämpfe durchzufechten hatte, die Bürgerausschußwahl und die Oberbürgermeisterwahl, die 5529 M. Kosten verursachten. Der bare Kassenbestand beziffert sich auf 5386 M. An die Kreis- und Landeskasse führte der Verein 14066 M. ab. Außer einer großen Anzahl öffentlicher Versammlungen wurden 13 allgemeine Mitgliederversammlungen abgehalten. Die Bezirksvereine veranstalteten 136 Mitgliederversammlungen, davon 96 mit Vorträgen, und 44 öffentliche Versammlungen. Das Wachstum der Parteipresse hat leider trotz intensiver Werbearbeit der Genossen mit dem Wachstum des Vereins nicht Schritt gehalten. Die Leserzahl stieg nur um 935. Der Bericht gibt weiter Kunde von einer sehr regen Bildungsarbeit durch Veranstaltung von Unterrichtskursen, wissenschaftliche Einzelvorträge und künstlerische Veranstaltungen, Literaturvermittlung usw. Im Bildungsausschuß sind die Partei, die vereinigten Gewerkschaften und die Jugendorganisation mit je drei Delegierten vertreten. Die Hauptlast in finanzieller Beziehung liegt aber auf dem Sozialdemokratischen Verein. Die Rechnung des Bildungsausschusses schließt mit 6283 M. in Einnahme und Ausgabe ab. Die Jugendbewegung bedarf noch sehr der Förderung. Die Schaffung eines Heims für die Jugend dürfte die dringendste Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Die Kreisgeneralversammlung des Erfurter Reichstagswahlkreises fand am Sonntag in Albrechts bei Suhl statt. Aus dem Jahresbericht ersehen wir, daß im letzten Jahre drei neue Ortsgruppen entstanden sind und die Kreisorganisation um 500 männliche und 200 weibliche Mitglieder zugenommen hat, von 2435 ist die Mitgliederzahl auf 3130 gestiegen. Die Abonnentenzahl der Tribüne ist im abgelaufenen Jahr um rund 1400 im Kreise gestiegen. Versammlungen wurden 175 abgehalten und 67 Volksversammlungen behandelten aktuelle Tagesfragen. Im allgemeinen wird guter Besuch der Mitglieder- und meist Massenbesuch der Volksversammlungen konstatiert. Durch den Kreis wurden 11000 Kalender, 40000 Wahlrechtsflugblätter und außerdem durch den Ortsverein Erfurt 20000 Flugblätter zur Reichsversicherungsordnung und 15000 zum Frauentag verbreitet. Der Reichstagswahlfonds hat die stattliche Höhe von 5083,30 M. am 30. Juni erreicht. Aus dem Bericht ist sonst noch ein reges Leben in den Ortsgruppen zu konstatieren. Der größte Ortsverein Erfurt hat zum Beispiel seine Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahre um 428 erhöht und durch einige Hausagitationen die Abonnentenzahl der „Tribüne" um 769 in seinem Gebiet gesteigert.

Quittung.

Für die ausgesperrten Steinsetzer: Vom Verband der Schneider 25 Mark. A. Müller.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Polizeiliches und Gerichtliches

Vom Polizisteneid.

Zu Mülhausen i. Els. ereignete sich bekanntlich am Abend des 1. Mai bei der Rückkehr eines Zuges von Maifeiertagsfranken, die einen Nachmittagsausflug gemacht hatten, nach der Stadt, ein nicht ganz unblutig verlaufener Zusammenstoß mit der Polizei; zwei Schutzleute, die sich durch besonderen Uebereifer dabei auszeichneten, wurden dabei verletzt, so daß sie sich in einer nahen Apotheke verbinden lassen mußten. Lebensgefährlich war keine Verletzung; am ernstesten war ein Messerstich, den der eine Schutzmann in die linke Schulter erhielt, von dem er sich aber schon nach wenigen Tagen wieder erholte. Wegen Körperverletzung, tätlichen Angriffes und Widerstandes, sowie Schutzmannbeleidigung erschienen nun Ende der vergangenen Woche vier Teilnehmer jenes Maifeierausfluges, alle vier Arbeiter, vor der Strafkammer des Landgerichts Mülhausen. Es war eine ganze Anzahl Belastungszeugen geladen, darunter mehrere Schutzleute, Polizeipräsident Dickmann usw. Das Ergebnis der Beweiserhebung war indessen so mager, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Anklage gegen drei von den vier Angeklagten fallen lassen mußte, so daß diese drei unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten freigesprochen wurden. Nur beim vierten Angeklagten, dessen Verteidiger in der Verhandlung, wohl um die Richter für seinen Klienten günstiger zu stimmen, ausdrücklich feststellte, daß er weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sei und keiner politischen Partei angehöre, hielt das Gericht die Schuldfrage für erwiesen und verurteilte den erst achtzehnjährigen jungen Mann, den allerdings schon wegen „verbotenen Waffentragens" vorbestraften Tagner Eugen Boeringer, der den Messerstich gegen den Schutzmann Krafft geführt haben soll, wegen „gefährlicher Körperverletzung in rechtlichem Zusammentreffen mit tätlichem Angriff, Bedrohung und Beleidigung" zu einer Gesamtgefängnisstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten. Zwei Monate der Untersuchungshaft kommen in Anrechnung. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Die auffällige Härte des Urteils muß um so mehr befremden, als die Verurteilung sich eigentlich nur auf die Aussage eines 16jährigen Jungen stützt, dessen Bekundungen obendrein mit den Aussagen anderer Zeugen im Widerspruch stehen. So behauptete der jugendliche Zeuge steif und fest, der verletzte Schutzmann Krafft habe in dem Tumult blankgezogen gehabt und der Angeklagte Boeringer habe versucht, ihm den Säbel zu entreißen, — während andere Zeugen bekunden, der Schutzmann habe nicht blankgezogen gehabt und der Schutzmann Krafft selbst dies unter Eid bestätigte. Boeringer bestritt beharrlich, den Messerstich geführt zu haben, und einzig dieser 16jährige Junge will gesehen haben, daß er der Messerstecher war.

Der ganze Krawall war entstanden, weil in dem Zuge der Ausflügler eine improvisierte rote Fahne (ein Fetzen rotes Tuch an einem halbmeterlangen Stock) mitgeführt worden war und die Polizei den Ehrgeiz hatte, dieses Stückchen rotes Zeug zu erobern. Von dieser „Fahne" sagte Polizeipräsident Dieckmann als Zeuge aus, daß er sie dem Träger persönlich abforderte und von ihm ohne Weigerung ausgehändigt bekam, worauf es nicht geringe Sensation hervorrief, als ein als Zeuge auftretender Schutzmann gleichfalls unter Eid bezeugte, daß er die Fahne erobert und dem Polizeipräsidenten später übergeben habe. Der Herr Polizeipräsident wurde durch diese Aussage eines seiner Untergebenen sehr überrascht.

Ein anderes Schutzmanns-Mißverständnis das den Tumult mitverschuldete, wurde gerichtlich festgestellt. Polizeipräsident Dieckmann, der sich ehrlich bemühte, jeden ernsten Zusammenstoß zu vermeiden, hatte im Lärm zweien seiner Untergebenen, die einen auf einem Gaul daherkommenden Bauarbeiter anhielten, zugerufen: „Laßt ihn doch gehen!" Die beiden Hüter der Ordnung verstanden: Er soll gehen — nämlich zu Fuß, und rissen den Mann herunter, so daß im Nu sich ein Menschenknäuel gebildet hatte, der nur durch das energische Eingreifen eines Gewerkschaftsbeamten entwirrt werden konnte. Der Polizeipräsident als Zeuge erkannte diese wirksame Unterstützung ausdrücklich an.

Das Erstaunen über das Schreckensurteil gegen den Boeringer nach dieser Beweiserhebung kommt auch in der bürgerlichen Lokalpresse drastisch zum Ausdruck.

Für die ausgesperrten Steinsetzer gingen ein:

Halle. Vom Verband der Töpfer 30,—, vom Verband der Bergarbeiter 10,45 Mk. August Müller.

Querfurt. Vom Radfahrerverein Solidarität 10,—, vom Verband der Dachdecker, Zahlstelle Querfurt 20,— Mk. Karl Walther.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Lebensmittel

Freitag ⊟ Sonnabend.

Nussbaum

Kakao rein	Pfund 60 Pf.	Maismehl	Pfund 20 Pf.	Zwiebeln	Pfd. 10 Pf.	Schinkenspeck	Pfund 95 Pf.
Hafer-Kakao	½ Pfund 25 Pf.	Bohnen	Pfund 13 Pf.	Frische Gurken 2	Stück 15 Pf.	Rauchfleisch	Pfund 68 Pf.
Gebr. Kaffee	½ Pfund 62 Pf.	Linsen	Pfund 15 10 Pf.	Frische Tomaten	Pfund 18 Pf.	Fetter Speck	Pfund 58 Pf.
Gebr. Gerste	Pfund 14 Pf.	Puddingpulver	5 Pak. 20 Pf.	Krabben i. Gelee	Dose 35 Pf.	Land-Leberwurst	Pfund 48 Pf.
Hausm.-Nudeln	½ Pfund 12 Pf.	Rote Grütze	4 Pak. 18 Pf.	Hering in Gelee	Dose 30 Pf.	Mettwurst	Pfund 90 Pf.

Einmache-Zucker ohne Blau Pfund 23 Pf.

Haushalt-Schokolade rein Pfund 58 Pf.

Neue Kartoffeln 4 Pfund 20 Pf.

Knackwurst Pfund 68 Pf.

Faden-Nudeln	½ Pfund 12 Pf.	Vanille-Saucenpulv.	4 Pack 18 Pf.	Bratheringe	Dose 45 Pf.	Rotwurst	Pfund 48 Pf.
Reis	Pfund 12 Pf.	Himbeersirup	Pfund 32 Pf.	Bismarckheringe	Dose 40 Pf.	Tilsiter Käse	½ Pfund 35 Pf.
Gries	Pfund 18 Pf.	Oelsardinen	Dose 28 Pf.	Anchovis	Glas 23 Pf.	Kokosflocken	¼ Pfund 10 Pf.
Graupen	Pfund 11 Pf.	Hummer	Dose 78 Pf.	Stangenspargel	Dose 50 Pf.	Gem. Konfekt	¼ Pfd. 8 Pf.
Kartoffelmehl	Pfund 13 Pf.	Zitronen	3 Stück 10 Pf.	Pflaumen-Marmelade	℔ 30 Pf.	Gem. Bonbon	¼ Pfund 7 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0003

Letzte 2 Tage! **Walhalla.** Anfang 8.20 Uhr.

Nur noch Freitag und Sonnabend

„Halle sei mir gegrüsst!“

Sonntag abends 8 Uhr zum ersten Mal:

Der Stabstrompeter

Grosse Gesangsposse in 4 Akten von Mannstedt.
Musik von Steffens.

Rucksäcke.

Bei der Zusammenstellung unseres Sortiments haben wir jedem Wunsche Rechnung getragen.

Sie finden eine Spezial-Ausstellung in unserer Passage

Wir legen besonderen Wert auf wasserdichte leichte Stoffe u. gute Verarbeitung.

C. F. Ritter.
Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Feller.
Täglich abends 8.15 Uhr mit grossem Lacherfolg:
Bummelbrüder
exzentr. Burleske i. 3 Akten m. Gef. u. Tanz v. Schmmer u. Willie, Musik v. E. Ernan-Ewald.

Bernstein-Fußboden-
:: Lack-Farbe ::
trocknet über Nacht glashart.
1 Kg. nur 1.20 Mk.
Vergleichen Sie Konkurrenzpreise.
Hallesch. Tapeten-Haus, Geiststr. 5.

20—25 M. Nebenverdienst wöchentlich f. Fabrikarbeiter. Hochf. reelle Neuheit, Muster umsonst.
Anton Schumann, Hohenstein-Ernstthal i. Sa.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Halle a. S.

Sonnabend, den 22. Juli 1911, abends 8½ Uhr, im Glauchaer Schützenhaus, Lerchenfeldstraße:

:: Mitglieder-Versammlung. ::

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Halle a. S.

Bureau: Harz 42/43, geöffnet von 11—1 und 5—8 Uhr. — Telephon 2766.

Sonnabend den 22. Juli 1911 abends 8½ Uhr im Volkspark:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht sowie Bericht der Revisoren.
2. Anträge.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Einen zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zu

Sommerfesten u. Wasserfahrten

empfehlen wir als besonders preiswert:

Lampions, Dtz. 95, 65, 50 Pf. **Stocklaternen,** Dtz. von 35 Pf. an. **Fahnen,** Dtz. von 24 Pf. **Girlanden,** Dtz. von 60 Pf. an.

Spezial-Abt. Verlosungs- u. Vereins-Gegenstände.

Vereine erhalten hohen Rabatt. **M. Bär** Nachf. Glücksräder stehen leihweise zur Verfügung.

Konsum-Verein für Sangerhausen und Umgegend (e. G. m. b. H.)

Sonntag den 23. Juli 1911 nachmittags 3 Uhr im „Herrenkrug“

ausserordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Geschäftsanweisung des Mitglieder-Ausschusses, eventl. Wahl derselben.
2. Kenntnisnahme von der Aufhebung des Lieferantengeschäfts.
3. Grundstückserwerb.
4. Einführung von Sparmarken.
5. Geschäftliches.

Zu dieser hochwichtigen Versammlung laden wir insbesondere die **Frauen** unserer Mitglieder ein, da eine **Warenausstellung** arrangiert ist.

J. A.: **Albert Schmidt.**

Tonbild-Bühne
Schmeerstr. 25.
Kunst, Wissenschaft, Ernst u. Humor.
Nur noch Donnerstag und Freitag:
!!! Sensation !!!
Die Nilbraut.
Hochdramatische u. spannende Handlung a. d. Zeit d. Pharaonen.

Achtung!
Montag bis Freitag, nachm. 4—7 Uhr:
Familienvorstellung.
Bedeutend ermässigte Preise.

Zum extra billigen Verkauf stelle ich einen großen Posten

prima Inletts prima.

Versäume keiner diese Gelegenheit. Nur gute Ware zu sehr billigen Preisen.

Geiststr. 22. **Max Berndorff,** Geiststr. 22.

Metallarbeiter

Verwaltung Halle a. S.

Sonntag den 23. Juli von nachmittags 3½ Uhr ab im **Volkspark:**

Sommer-Vergnügen

bestehend in
Blumenverlosung, Preisschiessen, Preiskegeln und Tanzvergnügen.

Nachmittags: Tanzkränzchen. Abends: Ball.

Zahlreichem Erscheinen der Mitglieder nebst ihren werten Angehörigen sieht entgegen

Die Verbandsleitung.

Aktuell.

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Eine sehr zeitgemäße und wertvolle Broschüre des Halleschen Arbeitersekretärs Friedrich Kleeis.

Jeder Arbeiter muß diese aufklärende Arbeit im eigenen Interesse lesen.

Preis nur **25** Pfennig.

Zu beziehen durch alle Austräger und durch die

Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Autoklappstühle, verstellbar in jede Lage 14.50 12.50 10.50 **7.45**
Faulenzer, mit und ohne Armlehne und Fußstütze 4.45 2.75 **1.45**
Feldstühle, mit und ohne Lehne 90 Pf., 48 Pf. **35 Pf.**

Nussbaum.

Letzte Neuheit! Hochfeine Arbeit!

Wohnzimmer i. Nussbaum

1	Schrank, reich geschn.	85 M.
1	Vertiko, reich geschn.	85 „
1	Sofatisch	25 „
1	Moquette-Diwan	90 „
4	med. Stühle	24 „
1	Trumeau	40 „
1	feine Küche, komplett	88 „
		433 M.

Schlafzimmer
in allen Preislagen, in pa. Arbeit, bei anerkannt bill. Preisen.

Gebr. Kroppenstädt,
Möbelfabrik, Gr. Märkerstr. 4.

Aermelplättbretter
gut gepolstert.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

H. Schindler,
Uhren- u. Goldwarenhandlung
Kleine Ulrichstr. 35.
Pugen-lose **Trauringe** ohne Lötstelle
schmale u. breite, a Paar von 3, 4, 6, 10, 16, 20, 24, 27, 30, 36, 40, 50 bis 60 Mk.
— Gravieren gratis. —
Rabatt in Marken oder bar.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Querfurt.

Sonntag, den 23. Juli 1911, abends 8 Uhr, im Bahnhofs-Hotel:

Vergnügen,

verbunden mit humoristischen Vorträgen, ausgeführt von Herrn Boraschein-Halle.
Freunde und Gönner sind hierdurch freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Neu! Soeben eingetroffen. Neu!

Reichsversicherungs-Ordnung.

Praktischer Führer

für alle Versicherten durch die **Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung,** nebst **Hinweisen** auf das **Verfahren** und die **Rechtswege.**

Verfaßt von den Arbeitersekretären **Güldenberg** und **Kleeis-Halle, Mössinger** und **Undeutsch-Magdeburg.**

Preis 30 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42-43.

Essen Sie täglich Honig, wenn Sie Ihre Gesundheit erhalten wollen. Garant. rein. **Blütenhonig,** hervorragend schöne Qualität, Pfd. **80** Pfg., bei **5** Pfd. **75** Pfg., empfiehlt **Carl Beech,** Breitestr. 1 und Leipzigerstr. 61/62

Zu spät

ist es nie, sich eines guten Rates zu bedienen. Einen solchen erteilt unsere **hochwissenschaftliche, reich illustrierte Abhandlung** über ein wichtiges, sanitäres und soziales Thema. — Zu beziehen gegen 30 Pfennig in Marken durch

W. Rolle, Weißenfels a. S.,
Beuditzstraße 24a.

Glauchaer Ballsäle.

Freitag den 21. Juli abends 8 Uhr:

Grosses Garten-Konzert.

Gutbesetztes Orchester mit auserwähltem Programm.

Hierzu ladet freundlichst ein **Fr. Sachse.**

Zur Anfertigung **feiner Herren-Garderobe** nach Maß empfiehlt sich

Otto Bartelt, Hallorenstr. 1c, l. I.

Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.

Alles übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,
Reilstrasse 10.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig R. Weihmann, Bernhardstr. 35.

Freitag **Schlachtefest.** M. Fromme, Liebenauerstraße 5.

Freitag **Schlachtefest.** Fr. Peters, Blumenstr. 27.

Teicha.

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung gegen die Arbeiterin Auguste Schmahl nehme ich zurück. **Minna Presoh.**

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 168 — Halle a. S., Freitag den 21. Juli 1911 — 22. Jahrg.

Die Hausagrarier.

Zum Deutschen Hausbesitzertag in Chemnitz.

Unter den Gegnern, die die Sozialdemokratie eigentlich bezahlen müßte, wären sie nicht so freundlich, ihre Aufklärungsarbeit ganz unentgeltlich zu verrichten, stehen die organisierten Hausherren mit in der ersten Reihe. Alljährlich, wenn zur Hochsommerzeit die Getreuen des Spandauer Justizrats Baumert zum deutschen Hausbesitzertag zusammentreten, darf man von ihnen ein Kabinettstück sozialpolitischen Anschauungsunterrichts erwarten, und noch niemals sind die überschwänglichsten Hoffnungen von ihnen enttäuscht worden. Der diesjährige Herrentag in Chemnitz hat nun durch das Auftreten des Saarbrücker Scharfmacheragenten Dr. A. Tille eine besondere Verschönerung erfahren. Herr Alexander Tille, der für eine „moralinfreie" Arbeitgeberpolitik mit der gleichen Begeisterung ficht, wie der Justizrat Baumert für den „das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkenden" Gemeinschaftsabort, hat dort seine bekannten Theorien auf das Hausbesitzertum spezialisiert und zum „Kampf gegen den Bodenkommunismus und Wohnungsmoralismus" aufgerufen. Das berüchtigte Wort aus der Gründerzeit: „Mit Moral baut man keine Eisenbahnen", hat damit eine zeitgemäße Auffrischung erfahren. Mit Moral baut man auch keine Zinskasernen.

Aber mit der Geschicklichkeit, die Drauflsängern seiner Art nun einmal eigentümlich ist, hat der Saarbrücker Alexander dem von ihm bekämpften Wohnungsmoralismus und Bodenkommunismus ein äußerst schlagkräftiges Argument in die Hände gespielt. Er begnügte sich nicht damit, die organisierten Hausbesitzer gegenüber dem „innern Umsturz" der Arbeiter und den nach seiner Ueberzeugung gänzlich unzuverlässigen Beamten als die wahren „Träger der herrschenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung" zu feiern, sondern er fügte noch stolz hinzu, es verdiente wohl beachtet zu werden, „daß das Wohnungswesen im Volkshaushalt heute den fünften Teil ausmacht". Zum ideologischen Ueberbau seiner staatserhaltenden Rodomontaden hat Herr Tille damit auch das solidere wirtschaftliche Fundament aufgerissen. Wahrhaftig! Da man im allgemeinen annehmen kann, daß der Betrag der Wohnungsmiete durchnittlich den fünften Teil des Einkommens ausmacht, ist es gar keine große Uebertreibung mehr, wenn man behauptet, daß sicher ein Fünftel des gesamten Volkseinkommens in Form von Mietezahlungen in die Taschen der Hausbesitzer fließt. Aber was beweist das für die Hausbesitzer in einer Welt, die die Menschen nicht danach beurteilt, was sie einnehmen, sondern vielmehr danach, was sie für das Ganze der Volkswirtschaft leisten.

Es wäre natürlich ein dilettantischer Trugschluß, wollte man annehmen, daß der Betrag, der alljährlich oder allmonatlich von den Hausagrariern eingezogen wird, nunmehr als unverkürztes Einkommen diesen zugute käme. Vielmehr fließt ein breiter Arm dieses ungeheuren Goldstromes weiter zu Bodenwucherern, Banken, Spekulanten, zu Gruppen, die das Hausbesitzertum selbst oft genug als Gegner bekämpft, und das im Organismus dieses riesenhaften volkswirtschaftlichen Schmarotzertums den allergefährlichsten Teil darstellt. Aber für das Hausbesitzertum ist freilich nicht allzuviel gewonnen durch die einwandfreie Feststellung, daß es seine Gewinne mit andern Kreisen teilen muß, die für die Volkswirtschaft ebensowenig positive, nützliche Arbeit leisten, wie es selbst.

Aus der Tatsache, daß der Arbeiter und Beamte von jedem Groschen, den er verdient, zwei Pfennige allein an die Nutznießer der städtischen Bodenrente steuern muß, erhellt mit eindringlichster Deutlichkeit, was die restlose Durchführung des „Bodenkommunismus" für die angehende Mehrheit des Volkes praktisch bedeuten würde. Dieser Bodenkommunismus würde den Benutzer einer Wohnung zwar selbstverständlich nicht der Pflicht entheben, die Arbeitskräfte zu restituieren, die seine Wohnung hergestellt haben, würde ihn aber mit einem Schlage von allen Abgaben befreien, die dem Bodenmonopol entspringen und als arbeitsloses Einkommen in die Taschen der Besitzenden fließen. Wer Herrn Tilles Rede liest, ohne zufällig selber Hausbesitzer zu sein, wird sich nicht enthalten können auszurufen: Es lebe der Bodenkommunismus!

Allerdings liegt es nicht im Sinne der Herren vom Hause, den doppelten Zehnten, den der Mieter an sie und ihre Hintermänner steuern muß, herabsetzen zu lassen. „Hinauf mit den Mieten!" ist die Losung. Und Herr Tille selbst, der Apostel dieses hausherrlichen Zukunftsstaats verkündet:

> Es muß dazu kommen, daß sich die Lohnarbeiter an die Verwendung eines größeren Bruchteils ihres Lohnes auf die Wohnung gewöhnen, vielleicht durch Einschränkung des Alkoholgenusses.

Also nur darum soll der — an sich gewiß zu bekämpfende — Alkoholgenuß eingeschränkt werden, damit der Arbeiter an Ersten mehr Miete zum Hauswirt tragen kann! Jeden Tag ein Glas Bier weniger für den Hauswirt! Gegenüber solcher Unverschämtheit wäre zu erwägen, ob nicht vielleicht umgekehrt durch Einschränkung des Alkoholgenusses auf Hausbesitzertagen und bei sonstigen Festlichkeiten der Hunger der Hauswirte nach höheren Mieten vermindert werden könnte.

Aus den sonstigen Verhandlungen des Kongresses ist hervorzuheben, daß ein Gesinnungsgenosse des Herrn Tille, ein sicherer Herr Barth aus Erfurt, dem verblichenen Kahlpfändungsrecht eine kleine Träne nachweinte und daß der Justizrat Baumert die sozialdemokratische Presse als lebhafteste Befürworterin wohnungsreformerischer oder, wie Herr Tille sagen würde, wohnungsmoralistischer Bestrebungen denunzierte. Der Tadel, den der Führer des organisierten Hausbesitzertums über die sozialdemokratische Presse verhängte, klingt in ihren Ohren als das höchste Lob, das ihr überhaupt gespendet werden konnte, und wird für sie der stärkste Ansporn sein, fortzufahren wie bisher.

Gewerkschaftliches.

Zur Aussperrung in der Thüringer Metallindustrie.

Die Mitglieder des Verbandes der Thüringer Metallindustriellen haben für den 29. Juli eine Aussperrung von 60 Prozent der bei ihnen beschäftigten Arbeiter beschlossen. Mit der Aussperrungsdrohung soll bezweckt werden, einige in Thüringen schwebende Streiks zur Beendigung zu bringen. Die eigentlichen Absichten der Unternehmer gibt aber das folgende Zirkular, das den Arbeitern der Firma Briegleb, Hansen u. Ko. in Gotha, deren Spezialität seit langem das „Wohlwollen" für ihre Arbeiter ist, zugestellt wurde. Wir lesen da:

„Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Verbandes Thüringer Metallindustrieller, welche wir heute zum Aushang gebracht haben, teilen wir unserer Arbeiterschaft mit, daß auch wir durch den gegen unsere Stimme gefaßten Beschluß gezwungen werden, am 29. d. M. 60 Prozent unserer gesamten Belegschaft zu entlassen, wenn nicht, was zu hoffen steht, bis dahin eine Einigung in den zurzeit bestreikten Thüringer Betrieben der Metallindustriellen herbeigeführt wird.

Bei der Kürze der Zeit ist es uns nicht möglich, schon heute diejenigen Arbeiter zu bestimmen, welche von der Aussperrung betroffen werden, und müssen wir deshalb formell hierdurch allen unseren Arbeitern zum 29. d. M. kündigen. Wir behalten uns vor, bis zu diesem Tage diejenigen 40 Prozent unserer Arbeiterschaft zu bestimmen, welche wir weiter beschäftigen dürfen.

Um diejenigen Arbeiter, welcher keiner Organisation angehören, und welche wir doch vielleicht mit aussperren müßten, entschädigen zu können, müssen wir von diesen eine schriftliche Erklärung verlangen, für welche wir einen Vordruck als Aushang beifügen.

Wir bitten diejenigen unserer Arbeiter, welche weder in den letzten zwei Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehört haben resp. angehören, die bei Streiks und Aussperrungen Unterstützungen irgendwelcher Art gewähren, diesen anhängenden Revers zu unterschreiben und bis zum 18. d. M. im Lohnbureau abzuliefern. Wir weisen darauf hin, daß die Abgabe der geforderten Erklärung im Interesse eines jeden nicht organisierten Arbeiters liegt, da ohne unterschriftliche Anerkennung des Reverses eine Entschädigung keinesfalls bezahlt werden kann.

Sollte die jetzt angekündigte Aussperrung wider unser Erwarten doch in Kraft treten, so würde die hierdurch geschaffene Arbeitsunterbrechung bei Berechnung der Dienstzeit unberücksichtigt bleiben, wenn die betreffenden Arbeiter sofort nach Aufhebung der Sperrung wieder in unsere Dienste zurückkehren. Dieser Beschluß soll den Ausgesperrten bezüglich Eintritt der Pensionsberechtigung vor Schaden bewahren und soll ferner dazu dienen, die Feier der Dienstjubiläen nicht hinauszuschieben."

Der vorgelegte Revers aber, der den Arbeitern zu unterschreiben zugemutet wird, lautet:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder in den letzten Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehört habe oder angehöre, welche bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irgendwelcher Art gewährt, und daß ich, sobald ich einer solchen, während ich hier beschäftigt bin, beitrete, dies sofort melden werde.

Ich verpflichte mich unter Bezugnahme auf diese Erklärung, für den Fall, daß mich meine Arbeitgeberin infolge einer Aussperrung nicht weiter beschäftigen kann, und unter der Voraussetzung, daß sie mir während der Dauer der Aussperrung und bis zu längstens 13 Wochen zwei Drittel meines bisherigen Stundenlohnes zahlt, mich meiner Arbeitgeberin (!) auf die Zeit der normalen Arbeitsdauer zur Verfügung zu halten. Ich verpflichte mich ferner, keinerlei Unterstützungen an ausgesperrte oder streikende Arbeiter oder deren Vereinigungen zu leisten, (!) meiner Arbeitgeberin (!) sofort Mitteilung zu machen, wenn ich eine andere Beschäftigung annehme, und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Ich erkläre mich auch bereit, im Falle einer Aussperrung andere Arbeit als solche, für die ich angenommen bin, oder andere als Fabrikbetriebsarbeiten, auch Arbeiten, welche für Rechnung Dritter auszuführen sind, unter der Bedingung zu leisten, daß mir dafür mein bisheriger Durchschnittsstundenlohn weiterbezahlt wird, für welchen Fall ich auf die obige Entschädigung von zwei Drittel meines Stundenlohnes verzichte.

Es ist mir bekannt, daß ich mich eines Betruges (!?) schuldig machen würde, wenn ich verschweige, daß ich einer der oben gekennzeichneten Organisationen angehöre."

Warum sucht der Zentralverband deutscher Industrieller noch „Terrorismus"-Material bei den Arbeitern? Kann denn noch stärker in die persönliche Freiheit des Arbeiters eingegriffen werden?!

Die Aussperrung in Norwegen

Aus vielen Orten kommt die Meldung, daß die unorganisierten Arbeiter sich den ausgesperrten organisierten anschließen. Das Zentralkomitee des norwegischen Seemannsverbandes bot der Arbeiterlandesorganisation an, sofort in einen Sympathiestreik zu treten. — Die zwischen beiden Lagern geführten Verhandlungen wurden unterbrochen, wahrscheinlich sogar abgebrochen. Die von der Regierung ernannten Vermittler schlugen einen Kompromißvergleich vor, der aber nach der Frkf. Ztg. keine Aussicht auf Annahme hat.

Agrarierlob für den christlichen Gewerkverein.

Bei den Kämpfen vor 1902 um den Zolltarif wehrte sich Wieber (christl. Metallarbeiterverband) mannhaft gegen Giesberts und Brust, die ihn zwingen wollten, seinen Standpunkt, daß auch der Gewerkschaftler sich gegen den Brotwucher wehren müsse, aufzugeben. Damals vertrat Wieber den Standpunkt: dem Aermsten die Hilfe zuerst. Kein Herreiben der Arbeiter zwischen 2 Mühlsteinen: auf der einen Seite Lohnabzug durch die Industriellen, auf der andern Seite Verteuerung der Lebensmittel. Energisch wandte sich Wieber gegen die Zumutung, daß sein Verband sich zum Schleppenträger für politische Parteien hergeben sollte, der Verband werde nicht dulden,

> „daß unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit die Arbeiter um ihr gutes Recht gebracht werden, indem man ihnen das Weiße schwarz und das Schwarze weiß vormacht."

Solche Töne hört man heute von christlichen „Arbeitervertretern" nicht mehr. Ihre Auslassungen sind heute alle auf den Ton gestimmt, den Giesbert im Dezember 1900 in einer Versammlung des rheinischen Bauernvereins in Köln anstimmt:

„Die Arbeiter bezahlen gern die paar Pfennig mehr für das Brot, wenn nur der Landwirtschaft geholfen wird."

Das Organ dieses Bauernvereins, die zentrumsagrarische Rheinische Volksstimme, stellt sich in ihrer Nummer vom 14. Juli ganz entzückt über die „vernünftige Haltung", welche der Jahresbericht des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter zu den Fragen der Lebensmittelverteuerung einnimmt. Das Blatt schreibt:

> „Mit einer derartig ruhig abwägenden Behandlung der Fleischverteuerungsfrage kann sich im allgemeinen der Landwirt nur einverstanden erklären. Welch eine Sachlichkeit und Ruhe des Urteils gegenüber der Voreingenommenheit und dem Hetzbedürfnis, die in den Presseerzeugnissen des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie allweil bei landwirtschaftlichen Fragen in widerlichster Weise sich hervortun; zeigte eine Beurteilung und Auffassung wirtschaftlicher Fragen, wie sie oben im genannten Jahresbericht sich in so erfreulicher Weise geltend machte überall und zu jeder Zeit, mancher Streit würde vermieden und das soziale und politische Leben flösse in angenehmere Bahnen."

Allerdings! Angenehm für die Agrarier, wenn alle Arbeiter so töricht wären, sich von den Phrasen der Zentrumsgewerkschaftler einfangen zu lassen! —

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Dachdecker in Breslau befinden sich seit dem 12. Juli im Ausstande, der durch das ablehnende Verhalten der Unternehmer hervorgerufen wurde; sie erklärten, mit der Organisation hätten sie überhaupt nichts zu tun und der Tarif bleibe, wie er von ihnen aufgestellt sei.

In einer darauf am 11. Juli abgehaltenen Versammlung wurde, da alle Versuche, die Sache auf gütlichem Wege zu erledigen, als gescheitert zu betrachten sind, der Ausstand beschlossen. Zuzug ist fernzuhalten.

Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. In der größten chemischen Fabrik Deutschlands, in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., haben wegen Lohndifferenzen am Dienstag früh etwa 60 Arbeiter des Indigomagazins die Arbeit eingestellt. Am Nachmittag legten die Arbeiter des Anilinmagazins, etwa 250 Mann, ebenfalls die Arbeit nieder. Die Direktion hatte einige minimale Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung kurzerhand abgewiesen, und sie lehnte auch ein Verhandeln mit der Kommission ab. Als jeder Versuch einer Verhandlung scheiterte, ließen die Arbeiter die Arbeit ruhen. Die Bewegung scheint weitere Kreise zu ziehen. Zuzug von Fabrikarbeitern nach Ludwigshafen ist streng fernzuhalten.

Tarifabschluß in den Süddeutschen Kabelwerken in Mannheim. Durch organisatorische Einigkeit haben im genannten Betriebe die Arbeiter einen schönen Sieg errungen. Die Arbeiter hatten durch den Metallarbeiterverband und durch den Fabrikarbeiterverband einen Tarifentwurf eingereicht, um eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es kam zur Arbeitsniederlegung. Eine Unterhandlung am 17. Juli hatte dann den Erfolg, daß es zum Abschluß eines Tarifes kam. Der Tarif gilt bis zum 1. März 1914, Lohnerhöhungen wurden 2—8 Pfg. pro Stunde gewährt, Ueberstunden werden mit 25 bis 100 Prozent vergütet, Ferien werden zwei und vier Tage bei drei- bezw. fünfjähriger Beschäftigung bewilligt. Der Streik hatte vier Tage gedauert.

Aus den Nachbarkreisen.

Kreisblätter auf reichsverbändlerischen Schwindelpfaden.

Anfang Juli erschien im Liebenwerdaer Kreisblatt und auch anderen bürgerlichen Zeitungen ein: Hinter den Kulissen überschriebener giftgeschwollener Artikel über angebliche Mißstände in der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft in Gröba bei Riesa. Obwohl von vornherein feststand, daß es sich um eine aus dem Arsenal des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezogene Arbeit handelt, nahmen wir Veranlassung, der Sache auf den Grund zu gehen. Das Resultat unserer Nachforschungen halten wir hiermit dem löblichen Kreisblatt und seinen gleichartigen Lügengeschwistern unter die patriotische Nase. Die angeblich so drangsalierte Arbeiterschaft der Fabrik erklärt:

> Die erschienenen Artikel strotzen von Unwahrheiten und Unwirsen. Die darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Unterstellungen gegen den Fabrikarbeiterverband, sowie gegen die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, zeigen ganz deutlich, daß die Artikel einzig und allein zu dem Zwecke geschrieben sind, um die Arbeiterbewegung respektive Einrichtungen der Arbeiterschaft in den Schmutz zu ziehen. Diese Absicht der Artikel ist für die Arbeiterschaft sonnenklar. Aus diesem Grund, und weil die Arbeiterschaft aus der Erfahrung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Parteigänger und die Mitläufer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die allerungeeignetsten Interessenvertreter der Arbeiterschaft sind, protestiert die Arbeiterschaft der Seifenfabrik mit Nachdruck gegen die erschienenen Artikel.
>
> Von einem Tarifbruch der Großeinkaufsgesellschaft, sowie daß das Vorarbeitersystem in der Seifenfabrik ein Antreibersystem sei, kann absolut keine Rede sein. Die „Vorarbeiter" sind fast alles alte Mitglieder der Organisation, diese Tatsache schließt schon ein sogenanntes Antreibersystem völlig aus. Vorarbeiter im Sinne bürgerlicher Betriebe gibt es, genau genommen, in der Seifenfabrik überhaupt nicht. Die Unterstellungen bezüglich des sogenannten Tarifbruches fallen, weil kein Tarifbruch vorliegt, alle in sich zusammen.
>
> Die Angaben über die vereinbarten Tariflöhne der Hilfs- und Betriebsarbeiter entsprechen nicht den Tatsachen. Bevor die Artikel der bürgerlichen Zeitungen erschienen, wurden bei dreimaldreiundzwanzigstündiger Arbeitszeit auf Grund tariflicher Vereinbarungen folgende Wochenlöhne bezahlt:

1 Arbeiter	22 Mark		5 Arbeiterinnen	11 Mark	
71 „	23 „		73 „	12 „	
1 „	25 „		9 „	13 „	
13 „	26 „				
je 1 „	28 und 29 Mark.				

> Außerdem zahlt die Großeinkaufsgesellschaft seit dem 1. Januar d. J. sämtliche Kranken- und Invalidenbeiträge für ihre Arbeiter. Wenn geschrieben wird, „daß die Arbeiteranschüsse viertel ja halbe Jahre lang auf Antwort warten müssen, sind sie heute gewöhnt", so entspricht dies keineswegs den Tatsachen. Ebenso ist das Briefzitat „vom Sekretär Sack-Hannover" vollständig falsch wiedergegeben, und demzufolge ein ganz anderer Sinn als der ursprüngliche entstanden. Die Bemerkungen betreffs der „aufgezwungenen Maifeier" sind völlig aus der Luft gegriffen und zeigen sehr deutlich, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Die Arbeiterbewegung soll unter allen Umständen heruntergerissen werden. Dies ist offensichtlich der Zweck der erschienenen Artikel. Betreffs der Maifeier verhält es sich so, daß die Arbeiterschaft mit Mehrheit beschlossen hatte, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Dies wurde der Fabrikleitung durch die Verbandsleitung mitgeteilt, die diesen Beschluß der Arbeiterschaft akzeptierte. Niemand ist gezwungen noch veranlaßt worden, weder von der Fabrikleitung noch von sonst irgend jemand, irgendwelche Ausgaben anläßlich der Maifeier zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0005

Die Arbeiterschaft spricht die Ueberzeugung aus, daß Form und Inhalt der erschienenen Artikel deutlich zeigen, daß es dem Gegner der Arbeiterbewegung nur um ein Herabgerren und Verleumden von Einrichtungen der Arbeiter zu tun ist, und sie wendet sich deshalb mit tiefem Abscheu gegen die Inspiratoren der erschienenen Artikel. Die Arbeiterschaft erklärt, daß sie nach wie vor selber in der Lage ist, mit Hilfe der Organisation ihre beruflichen Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie verbittet sich daher jede Einmischung von bürgerlicher Seite und ganz besonders eine solche von den Mannen des Reichsverbandes. Diese Entschließung wurde am 15. Juli 1911 in einer Fabrikversammlung der Arbeiterschaft der Seifenfabrik einstimmig angenommen.

Jetzt hat das Liebenwerdaer Kreisblatt wieder das Wort.

Eine Bündlerparade auf dem Kyffhäuser.

Eine intensive Agitationstätigkeit zur kommenden Reichstagswahl haben die im Bunde der Landwirte organisierten Großgrundbesitzer des Wahlkreises Sangerhausen-Eckartsberga bereits entfaltet. Vorigen Monat fand in Obersdorf eine von ganzen 15 Mann besuchte Versammlung statt, in der speziell über den Ankauf der bisher freisinnigen Sangerhauser Nachrichten beraten wurde. Der klägliche Erfolg dieser Aktion raubte den stockkonservativen Krautjunkern selbstredend nicht den Mut und sie inszenierten deshalb eine der bekannten Bündlerparaden, um die erstklassigen Wanderredner auf die Massen loszulassen. Nicht weniger als sechs Redner produzierten sich auf der Bundestagung, die am vergangenen Sonntag auf dem Kyffhäuser stattfand. Das mitsamt dem jetzigen Besitzer und den 1500 Abonnenten aufgekaufte Sangerhäuser Freisinnspapier gibt in spaltenlangen Artikeln ihrem Entzücken über das bunte Theater in der Denkmalswirtschaft Ausdruck und teilt mit, daß die Bundesmitglieder auch die Frauen und Töchter zu der Spritzfahrt mitgenommen hätten. Der Kreisvorsitzende Dr. Schade-Helmsthal mahnte in seiner Begrüßungsansprache zu treuem Zusammenhalten zwischen den großen und den kleinen Besitzern.

Der Landtagsabgeordnete Pfarrer Heckenroth-Altenkirchen sprach sodann über den Bund der Landwirte als Erwecker und Befreier des deutschen Bauernstandes. Es versteht sich, daß der fromme Agrarier vor lauter Bismarckhuldelei fast verging und gegen den „Caprivismus", da „Deutschland zu einem Industriestaat gestempelt wurde, wo die bekannten Zollverträge geschlossen und aus dem Leder der Bauern Riemen geschnitten (!) wurde", loszog. Zu dem Verhältnis zwischen den großen und kleinen Besitzern meinte der fromme Augenverdreher, daß die Großen sich nur zum Führer der Kleinen machen wollten, damit beide sich einen „gewissen Ertrag" sichern könnten aus ihrer Arbeit, und es noch wert sei, Landwirt zu sein. Um die allgemeine und immer lauter werdende Forderung nach Aufhebung der Grenzsperre für ausländisches Vieh zu „begründen", behauptete der Redner mit einer nur bei Pfaffen und Junkern gewohnten edlen Dreistigkeit, daß die deutsche Landwirtschaft fähig sei, sowohl den einheimischen Brot- als auch den Fleischmarkt zu decken, ja, wenn die Moore und Oedländereien kultiviert sein würden, könnte für 120 Millionen Menschen Nahrung hervorgebracht werden. Diesen Satz wagt ein Politiker gelassen auszusprechen, nachdem er vorher für verstärkte Fütterung des Landmilitarismus eingetreten ist. Jeder einigermaßen verständige Mensch weiß aber, daß gerade für wirkliche Kulturaufgaben, wie die Kultivierung von Moor- und Oedländereien es fehlt, kein Geld zu haben ist.

Nachdem Heckenroth sich über den „Fleischnotrummel" lustig gemacht und dem Hansabund sowie der liberal schillernden agrarischen Konkurrenzorganisation — die er beide als recht sonderbare Gebilde bezeichnete — ein baldiges Ende angesagt hatte, nahm er sich die Sozialdemokratie vor und „revidierte deren Wanderbuch (?) mit einer Gründlichkeit, die ihresgleichen sucht". O Herr, dunkel ist der Rede Sinn!

Der nächste Redner war der Reichstagsabgeordnete Gutsbesitzer Lehmann-Cranschwitz, der ebenfalls ganz gewaltig nach ausreichendem Zoll- und lückenlosem Grenzschutz schrie und mit Entrüstung die Behauptung zurückwies, daß in den letzten Jahren hauptsächlich agrarische Politik getrieben worden sei. Der deutsche Bauer (gemeint sind natürlich die feudalen Großgrundbesitzer!) sei kein begehrlicher Mensch, gerade das Gegenteil sei der Fall; er war bescheiden und war es schon immer! Fürwahr, höher läßt sich die Junkerfrechheit bald nicht mehr treiben. In der Zeit des Brot- und Fleischwuchers, der Branntweinliebesgaben, des Einfuhrscheinskandals usw. wagt ein Mensch von althergebrachter Bescheidenheit preußischer Krautjunker zu schwatzen. Die Sozialdemokratie, so heißt es in dem Bericht weiter, wird auch von diesem Redner besonders hart mitgenommen; es sei bedauerlich, daß diese revolutionäre Partei auch bereits im Reichstag zur Regierungspartei geworden sei. Aus diesem wenig geistreichen Satz geht hervor, daß den Reaktionären die positive Mitarbeit der Arbeiterpartei schwer auf die Nieren drückt. Interessant ist ferner, daß die konservativen Herrschaften jetzt auch die Frauen und die Jugend auf das „gräßliche Gebiet der Politik" schleppen, wo sie doch bei Schaffung des Vereinsgesetzes und bei sonstigen Gelegenheiten immer mit Emphase betonten, daß die deutsche Frau ins Haus gehöre. Der Zweck heiligt eben die Mittel.

Daß die Bündler nicht so opferfreudig ihre blauen Lappen für die Aufnahme der liberalen Wählerstimmen hergeben wollen, geht aus einer Bemerkung des „Bauern" Freiherrn v. Bülow-Beyernaumburg über den Erwerb der Sangerhäuser Nachrichten hervor. Er machte darauf aufmerksam, daß die Zeitungsnotiz, die vor einigen Tagen im Kreise verbreitet wurde und die es als ungesetzlich bezeichnete, wenn ein Anteil von 500 Mark wieder in kleinere Teile zerlegt wird, falsch sei. Die Bundesagitatoren können den Anteil also ruhig in kleinere Teile zerlegen und den kleinen Bauern aufschwatzen. Am Dienstag fand übrigens in Sangerhausen die Gründung der Gesellschaft statt, die den Ankauf der bisher freisinnigen Nachrichten zum Zwecke hat. Das festgezeichnete Stammkapital beträgt 100000 Mark; es kann aber noch beliebig erhöht werden. Man sieht also, daß die finanzkräftigen Rittergutsbesitzer sich die kommende Reichstagswahl schon etwas kosten lassen wollen. Die agrarische Zeitungsgesellschaft tritt mit dem 1. August in Kraft, und wird das Junker- und Brotwucherblatt fortan den Titel Kyffhäuser-Zeitung, Sangerhäuser Nachrichten, Generalanzeiger für Südharz und goldene Aue, Tageblatt für die Kreise Sangerhausen und Eckartsberga führen. Der bisherige fortschrittliche Herausgeber ist zum Geschäftsführer der bündlerischen Zeitung bestimmt, während man sich als künftigen Verfechter der agrarischen Raubpolitik einen Assessor aus Berlin sicherte. Wie in der bereits eingangs erwähnten Obersdorfer Versammlung betont wurde, soll bei der Umwandlung recht vorsichtig operiert werden, damit von den 1500 Abonnenten der Sangerhäuser Nachrichten keine verloren gehen. Ein köstliches Beispiel dafür, was man den Herren Freisinnigen im Wahlkreis alles bieten darf. Die nationalliberal-antisemitische Sangerhäuser Zeitung wurde als Judenblatt bezeichnet und ihr der Boykott aller Bündler angedroht. Das ist also der Lohn für eifrige Wahrnehmung der Junkerinteressen. Daraus und aus vielen anderen Vorgängen kann man auf einen interessanten Wahlkampf schließen. Hoffentlich lernt die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft von den energisch vorgehenden Agrarkonservativen und zieht die einzig richtige Lehre: kraftvolles Eintreten für die Sozialdemokratie. Haben sich doch fast alle Redner auf der Kyffhäusertagung in der Hauptsache nur gegen die Sozialdemokratie gewandt, woraus hervorgeht, daß man diese als den gefährlichsten Gegner hält. Die sogenannten Liberalen wurden kaum erwähnt, weil man sie zur Stichwahl gut gebrauchen kann. Die Bahn ist also frei, nun heißt es: Handeln!

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß bei der Kyffhäuserkomödie noch ein Landwirt Aßmann aus Holzengel mitwirkte, der ausführte, „die ländliche Bevölkerung habe endlich das Bewußtsein erlangt, die erste Tochter des Hauses zu sein und konnte als solche nicht mehr mit dem Linsengerichte zufrieden sein, das der Staat in Bevorzugung der anderen Erwerbsstände ihr zuteilte."

Also: ist das nicht etwa Bevorzugung der Landwirtschaft? Zum Kronzeugen dafür, daß der Bund der Landwirte auch dem Mittelstand, insonderheit dem harwerk viel geholfen hätte, bestellte man sich einen Tischlermeister namens Huth aus Halle, der sein Sprüchlein ganz schön hersagte. — Zum Schluß nahm der Kandidat Gutsbesitzer Dr. Eckert die Gelegenheit wahr, um sich „seinen Wählern" vorzustellen und sich gegen den Vorwurf zu verwahren, daß er ein Ueberagrarier sei. Damit ging die Bündlerparade zu Ende.

Merseburg. Die Wählerlisten zu der im November stattfindenden Stadtverordnetenwahl liegen bis zum 30. Juli im Rathaus zur Einsicht aus. Die Genossen Schneider, Neumarkt 19, Groß in der Verkaufsstelle des Konsumvereins an der Geisel und Julich, Lauchstädterstraße 18, haben sich bereit erklärt, die Wählerlisten einzusehen. Da auch am Sonntag von 11—12 Uhr die Listen ausliegen, ist jedem Wahlberechtigten Gelegenheit geboten, sich von der Richtigkeit derselben selbst zu überzeugen. Sichere sich jeder sein Wahlrecht, denn auch die Gegner sind emsig an der Arbeit. Die Gewerkschaftsvorstände werden ebenfalls ersucht, ihre Liste schleunigst fertigzustellen und bei obengenannten Genossen abzugeben.

Gerstedt. Neues vom kommunalen Kriegsschauplatz. Der Bezirksausschuß zu Merseburg beschäftigte sich dieser Tage wieder einmal mit den skandalösen Vorgängen, wie sie sich seit einiger Zeit auf dem hiesigen Rathause abspielen. In einer im August v. Js. stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurde dem der sogenannten Magistratspartei angehörenden Stadtverordneten Lepom ein Ordnungsruf erteilt, weil er in seiner bekannten Manier unter Außerachtlassung der Geschäftsordnung nochmals drauflos redete. Nach etwa drei Viertelstunden beschlossen die in der Mehrheit befindlichen „oppositionellen" Stadtverordneten, das disziplinwidrige Mitglied mit einer Ordnungsstrafe von 6 Mk. zu belegen. Der Magistrat trat diesem Beschlusse jedoch nicht bei, beanstandete ihn vielmehr, weil er angeblich auf ungesetzliche Weise zustande gekommen sei. Der Magistrat war der Meinung, daß durch die Bestrafung Lepoms nach acht Monaten nur das jetzt vor dem Oberverwaltungsgericht schwebende Ausschlußverfahren — das vom Bezirksausschuß für nicht zulässig erklärt worden ist — unterstützt werden sollte. Die Stadtverordneten klagten nunmehr vor dem Bezirksausschuß auf Aufhebung des Magistratsbeschlusses, indem sie diesem das Beanstandungsrecht absprachen und hervorhoben, daß die Bestrafung deshalb nicht sofort erfolgen konnte, weil das von Lepom geführte Protokollbuch ihnen erst später ausgeliefert wurde. Wegen der zahllosen Streitfälle habe sich das Protokollbuch teils in Händen der Regierung und des Bezirksausschusses befunden und ohne das Protokoll konnte nichts unternommen werden. Im übrigen unterstehe das Disziplinarrecht der Stadtverordnetenversammlung überhaupt nicht der Nachprüfung durch den Magistrat, wie sie hinsichtlich anderer Beschlüsse gegeben ist. Auch noch nach acht Monaten wären die Stadtverordneten zur Bestrafung von Ordnungswidrigkeiten ihrer Mitglieder berechtigt, da sie in Ausübung ihres Disziplinarrechts vollständig frei seien.

Der Bezirksausschuß wies die Klage der Stadtverordneten jedoch zurück, indem er das Beanstandungsrecht des Magistrats im vorliegenden Falle bejahte. Wohl stehe der Stadtverordnetenversammlung das Recht der Bestrafung zu, aber durch die Erteilung des Ordnungsrufes in der fraglichen Sitzung sei die Angelegenheit erledigt worden. Darin, daß nach acht Monaten der Fall wieder aufgerollt worden sei, erblickte der Bezirksausschuß den Mißbrauch eines formellen Rechts, den die Gerichte nicht schützen könnten.

Da die unterlegenen Stadtverordneten sich mit dieser Entscheidung zweifellos nicht beruhigen werden, darf man gespannt sein, wie sich der höchste preußische Gerichtshof zu der interessanten Streitfrage stellen wird. Man muß nur den Langmut der steuerzahlenden Bürger bewundern, die tatenlos zusehen, wie sich die beiden Parteien mit allen Mitteln bekämpfen. Anstatt bestrebt zu sein, die Kommune vorwärts zu bringen, schlagen sich die kurzsichtigen Rathausbeherrscher lieber mit den Gerichten herum. Eine Erklärung der ganzen Skandalaffäre findet man nur, wenn man weiß, das Gerstedt eine gut reichstreue Stadtverordnetenversammlung besitzt. O, wie würde die Ordnungspresse über kommunale Mißstände sich heiser schreien, wenn sozialdemokratische Stadtverordnete in Frage kämen.

Artern. Erfreuliche Aussichten für die Kapitalisten. Die Direktion der Kyffhäuserhütte in Artern teilt mit, daß das Unternehmen in dem ersten Halbjahr 1911 gut beschäftigt war, und daß auch dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres gegenüber nennenswerte Mehrumsätze erzielt wurden. Hoffentlich fällt von den reichlichen Erträgen auch für die Arbeiter, die ja die Profite erschuftet haben, ein Teil ab.

Kelbra. Proletariers Ende. Bei Breitungen wurde gestern im kleinen Bache die Leiche einer unbekannten männlichen Person aufgefunden. Der Bedauernswerte hatte um Aufnahme in das Roßlaer Krankenhaus gebeten, wurde aber abgewiesen. Ob der Unglückliche aus Gram über die Abweisung sich das Leben genommen oder vor Entkräftung gestorben ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Ein nettes Beispiel zu der Behauptung, daß für den deutschen Arbeiter bis ins hohe Alter gesorgt sei.

Bitterfeld. Berichtigung. Infolge eines Schreibfehlers ist in dem Bericht vom Sängerfest die Zahl der auswärtigen Sänger auf 2500 angegeben. Das muß heißen: 1500. Im Bitterfelder Allg. Anzeiger war die Zahl auf ca. 1000 angegeben, was allerdings auch nicht stimmt. Die korrigierte Zahl ergibt sich aus den an die einzelnen Vereine abgegebenen Programmen und Festabzeichen. Natürlich war die allgemeine Teilnahme am Fest seitens der zahlreich erschienenen Gäste weit stärker.

Greppin. Arbeiter und Arbeiterinnen aufgewacht! Im Monat Februar wurde im hiesigen Wahlverein eine Lokalkommission gewählt, um bei den Saalbesitzern Nachfrage zu halten, ob sie gewillt seien, ihre Lokale auch der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Und wie war das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen? Es war ein Schlag in das Gesicht, eine Verhöhnung der Arbeiter, denn kein Wirt konnte sich entschließen, eine zusagende Antwort zu geben. Aber alle waren sich darüber einig, daß wohl Arbeiter ihre Gäste sein dürften, aber für öffentliche Versammlungen können sie ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen. Aus Furcht vor der Polizei natürlich, oder aus anderen nichtssagenden Gründen. Die drolligste Antwort erteilte aber der Gastwirt Herr Karl König, indem er erklärte: Ich bin einerseits konservativ gesinnt und dann muß ich erst mal sehen wie das Geschäft geht. Ist der Herr König wirklich so naiv, daß er glaubt, die Arbeiterschaft solle ihm erst die Taschen füllen um dann genau so einen Fußtritt zu erhalten, wie von den anderen Gastwirten? Weshalb stellt die Frau des Gastwirts bei einem hiesigen Kaufmann die Fragen: Was haben wir denn von den Arbeitern? oder können denn 60 Mann einen Gastwirt ernähren? Nun wollen wir mal die Frage an die superkluge Gastwirtsfrau stellen: Wer verkehrt denn bei Ihnen, die Hautevolée oder Arbeiter?

Die organisierte Arbeiterschaft will, wenn sie ihre sauer verdienten Groschen beim Wirt verzehrt, auch ihre Interessen in aller Oeffentlichkeit vertreten und nicht bei derartigen Anlässen an die Luft gesetzt werden. Die Arbeiter wollen sich nicht länger mehr als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen. Darum Arbeiter und Arbeiterinnen von Greppin! Unterstützt den gerechten, der Arbeiterschaft aber aufgezwungenen Kampf um ein Versammlungslokal, meidet derartige Lokale, hauptsächlich die Gasthöfe der Herren Hermann Richter und Karl König. Werde keiner zum Verräter seiner Arbeitsbrüder. Ist folgender Vorfall nicht beschämenswert für einen organisierten Arbeiter? Als er bei Herrn Richter sein Geld verzehrte, machte ihn der Wirt aufmerksam, daß er als Organisierter nicht bei ihm verkehren könne. Darum appelliert die Lokalkommission an das Solidaritätsgefühl der Greppiner Einwohnerschaft, und ersucht sie, den Verkehr in den obengenannten Lokalen vollständig abzubrechen, und nur bei demjenigen Wirt zu verkehren, der wohl mit uns fühlt und denkt, der aber von der Brauerei als Pächter abhängig ist, und das ist der Gasthof Prinz zum Preußen.

Domnitzsch. Eine Parteiversammlung findet am Sonnabend, den 22. August, abends 8 Uhr im Vereinslokal statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Mühlberg. Aus der Parteibewegung. In der am Sonntag stattgefundenen, gut besuchten Versammlung des Distrikts, erstattete der Vorsitzende zunächst den Jahresbericht. Danach hat der Distrikt 195 Mitglieder darunter 57 Frauen. Abgehalten wurden im letzten Jahre 7 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen. Die Zunahme der Mitglieder beträgt 24, meistens Frauen. Treffend kritisierte der Vorsitzende die Gleichgültigkeit der vielen Gewerkschaftler, welche der Partei noch fernstehen und da meinen, ihre Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben, wenn sie in ihrer Gewerkschaft organisiert sind. Die Zahl der Gewerkschaftler beträgt 361. Umständehalber konnte der Kassierer nur den Kassenbericht der letzten drei Quartale geben. Die Einnahme betrug 570,56 Mk., die Ausgabe 164,26 Mk. An die Kreiskasse wurden 306,30 Mk. abgeführt. Die fast unveränderte Zusammensetzung der Distriktsleitung ergab bei der Wahl folgendes: 1. Vorsitzender Gust. Klabe, 2. Vorsitzender Albert Beuschold, 1. Kassierer K. Blüher, 2. Kassierer E. Winter, Schriftführer F. Thimig, Revisoren H. Gängel und Frau Winter. Die Zeitungskommission besteht aus den Genossen K. Gerber, R. Ockert und H. Thiele. Ein Antrag zum Kreistag, welcher die Einführung des monatlichen Beitrages von 40 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder zum Ziele hatte, entfesselte eine lebhafte Debatte. Die Versammlung sah keinen dringenden Grund zur Beitragserhöhung und lehnte diesen Antrag ab. Gleichfalls abgelehnt wurde eine beabsichtigte Aenderung der §§ 3 und 6 des Statuts. Angenommen wurden folgende Anträge: Der Kreistag wolle eine anderweitige Regelung der Delegation zum Bezirkstag einführen, das die Berücksichtigung aller Distrikte gewährleistet. — Die Entschädigungssätze der Distriktsverwaltungen sind im ganzen Kreise einheitlich zu regeln. Als Delegierte zum Kreistag wurden gewählt die Genossen: Klobe, Beuschold, Winkler, Langhammer und Frau Winter. Die Versammlungen finden, um die Regelmäßigkeit wieder herzustellen, an jedem letzten Sonntag im Monat pünktlich 8 Uhr statt. Als Unterkassierer, an Stelle des Vorsitzenden, wurde Genosse Gängel gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich noch mit einem Artikel des Liebenwerdaer Kreisblatts, welches sich kürzlich mit angeblichen Mißständen in der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft in Gröba befaßte und versuchte die Sozialdemokratie mit Schmutz zu bewerfen. (Dem Verleumderblättchen wird an anderer Stelle der heutigen Nummer die gebührende Abfuhr erteilt.) Da in jenem Bericht unser früherer Reichstagskandidat, Genosse Fleißner, besonders bedacht wurde, erhob die Versammlung energischen Protest und bezeichnete das Elaborat als das, was es sein soll, nämlich schäbige Wahlmache zur Reichstagswahl.

Hohenleipisch. Parteigenossen! Am Sonnabend, den 22. Juli findet unsere Mitgliederversammlung statt. Da die letzte Versammlung infolge zu schwachen Besuches nicht abgehalten werden konnte, so werden die Parteigenossen und Genossinnen dringend gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

Theißen. Noch etwas vom „liberalen" Vereinsgesetz. Am kommenden Sonntag veranstaltet die organisierte Arbeiterschaft in Streckau das Gewerkschaftsfest. Der im Festprogramm vorgesehene Umzug wurde vom Amtsvorsteher Schiller nicht genehmigt und zwar „aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung". Ein echtpreußischer Bescheid. Die Begründung des Verbots, die sich nur auf Tatsachen lokaler Natur, aus denen sich nach vernünftigen Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe, stützen muß, schenkt sich der Beamte natürlich. Immer das alte Lied!

Allerlei.

Das Eisenbahnunglück bei Müllheim.

Wer trägt die Schuld?

Man lese was der L. U. zu dieser Frage aus Baden geschrieben wird:

„Die Schuld an der entsetzlichen Katastrophe will man dem Lokomotivführer Platten zuschreiben. Er soll, obschon er kurz vorher in Basel die Weisung erhielt, langsam durch die im Umbau befindlichen Geleise der Station zu fahren, die Geschwindigkeit nicht gemindert haben. Der Führer, der ausnahmsweise einen Reserveheizer bei sich hatte, behauptet, es habe die Bedienung der Bremse versagt. Platten ist bald 25 Jahre Führer und ein solider Mann mit guten häuslichen Verhältnissen. Der Heidelberger Zugmeister, der in Basel den Zug übernahm, gab an, dort sei ihm der Führer Platten so erschöpft vorgekommen. Darin liegt wohl die Ursache zur Katastrophe: in Baden findet aus fiskalischen Gründen eine schauderhafte Ausnutzung des Fahrpersonals statt. Der Abgeordnete Geck hat bereits in der Petitionskommission des Reichstages anläßlich der Lokomotivführer-Petition auf diese Gefahr hingewiesen. Platten fuhr am Sonntag 10.56 von Offenburg nach Basel; um 5 Uhr von dort nach Offenburg; von 8 Uhr an hatte er Pause bis nachts 2 Uhr, dann führte er den Gotthardzug nach Basel und kam dort um 5 Uhr früh an. Um 8 Uhr früh wieder mit dem Eilzug zurück und 1/2 9 Uhr entstand die Katastrophe!

Drei Kinder verbrannt.

In dem Dorfe Viglatachi bei Vizenza in Italien brach in einem Hause Feuer aus, während die drei Kinder des Besitzers allein zu Hause weilten. Der Vater stieg nach seiner Rückkehr mittels einer Leiter in die brennende Wohnung. Es gelang ihm wohl seine drei Kinder herauszuholen, doch erlagen sie bald danach den erlittenen Brandwunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 20. Juli 1921.

Arbeitsfähig trotz Fehlens beider Hände.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Saalezeitung und ihr Mitleger die Allgemeine kritiklos eine höchst sonderbare Geschichte, die Schlußfolgerungen hat, gegen die auf das schärfste Front gemacht werden muß. Es wird nämlich nichts Geringeres darin versucht, als die Krüppel, die auf dem blutigen Schlachtfelde der Arbeit ihre gesunden Glieder lassen mußten, zu böswilligen Rentenjägern zu stempeln. Diese neue liberale Großtat sieht so aus:

Herr Dr. Scheyelmann in Halle a. S. veröffentlicht einen Fall angeborenen Fehlens der Hände bei einem sechsjährigen Mädchen. Eine bei starker Beugung des Armstumpfes sich ergebende Hautfalte wird von dem überaus geschickten Kinde dazu benutzt, kleinere Gegenstände, wie Nadeln, Schreibfedern, Streichhölzer zu umklammern. Unter Anwendung besonders ersonnener Handgriffe gelingt es der Kleinen auch, mit beiden Armstumpfen zusammen Waschlappen und Kamm zu ergreifen, sich die Kleider an- und auszuziehen und selbst Knöpfe, soweit solche nach außen stehen, in die zugehörigen Knopflöcher hineinzubringen. Dr. Schepelmann vergleicht das hierdurch zum Ausdruck gebrachte Maß von Arbeitsfähigkeit mit den nur äußerst geringen Fähigkeiten, welche Unfallverletzte sich anzueignen pflegen, da bei diesen das Moment der alsdann in Frage kommenden Rentenminderung gerade in entgegengesetztem Sinne wirkt und davon abhält, die verstümmelten Gliedmaßen durch zweckmäßige Uebung soweit auszubilden, wie dies ohne Schwierigkeit oft möglich wäre.

Wir meinen, daß eine solche Verknüpfung der Anlernung geborener Krüppel und der Behandlung von erwachsenen Unfallbeschädigten eine irreführende Methode ist. Die Wissenschaft sollte damit zufrieden sein, den Bedauernswerten, die die Natur so arg benachteiligt hat, einige Hilfe bringen zu können. Aber aus Einzelfällen, in denen das gut gelungen ist, abzuleiten, daß auch durch Unfall krüppelig Gewordene auf alle Fälle noch ihre kaputten Glieder so trainieren müßten, daß sie wieder voll für das Kapital fronden können, ist eine ganz ungehörige Zumutung. Personen, die durch die Hetze, die lange Arbeitszeit und die Unsicherheit in den Betrieben zu Unfallkrüppeln geworden sind, büßen durch den Unglücksfall, die nachfolgende Krankheit, und durch das Fehlen von Körperteilen soviel an Lebensgenuß ein, daß ihnen die paar Mark Unfallrente selbst in Fällen bester Gewöhnung an den Krüppelzustand unbedingt und ungeschmälert erhalten bleiben müssen. Diese Zahlungen sind das allermindeste, was der Kapitalismus seinen fürs Leben leidenden Opfern schuldet. Da darf nicht abgeknappst und gequetscht werden. Es ist tief bedauerlich, daß sich Aerzte an den Bestrebungen, Unfallkrüppeln wegen Gewöhnung die Rente zu mindern, beteiligen, und dann noch den geringen Erfolg dieser Gewöhnung auf eine gewisse Böswilligkeit der Unglücklichen zu schieben versuchen. Verwerflich aber ist es, wenn Blätter, die sich noch immer liberal schimpfen, solch illiberale, unsoziale Bestrebungen durch so schiefe Beispiele, wie das obige, unterstützen.

Die Milchversorgung der Stadt Halle.

Mit dem Zusammenströmen großer Bevölkerungsmengen in den Städten sind unsere modernen Großstädte immer mehr reine Konsumtionszentren geworden. Sie sind hauptsächlich, soweit es sich um die Nahrungsmittel handelt, auf die Versorgung von außen her angewiesen. Die Kommunalpolitik steht bei der Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Nahrungsmitteln vor einem großen Problem. Den ersten Platz hierin nimmt die Milchversorgung ein. Die Bedeutung dieser Frage veranlaßte das Statistische Amt der Stadt Halle a. S., eine umfassende Erhebung über die Milchversorgung unserer Stadt vorzunehmen, deren Ergebnisse im 16. Heft der Statistik der Stadt Halle niedergelegt sind. Wir geben im folgenden einige allgemein interessierende Daten aus der Abhandlung wieder:

Der Milchbezug der Stadt Halle a. S. betrug am Erhebungstage (29. September 1920) 33 611 Liter Milch, davon kamen 25 637 Liter auf die Milchzufuhr von auswärts auf Bahnen und Landwegen, 18 606 Liter auf die Milchzufuhr per Bahn, 7031 Liter auf den Verkauf der einheimischen Kuhhaltungen. Das Gebiet der Milchzufuhr auf Landwegen erstreckt sich im allgemeinen bis auf 20 Kilometer ab Marktplatz Halle an der Saale, doch liegt die entfernteste Station, die Milch per Bahn nach Halle a. S. abgab, 37 Kilometer entfernt. An der Milchzufuhr von auswärts waren 155 milchwirtschaftliche Betriebe beteiligt, von denen 49 je 100 bis 500 Liter Milch lieferten. 81 lieferten weniger als 100 Liter, 25 mehr als 500 Liter Milch. — Die Milchproduktion in Halle ist naturgemäß nur unbedeutend. Die Mehrzahl der städtischen Kuhhaltungen liegt an der Peripherie in den neu eingemeindeten, teilweise auch heute noch etwas agraren Teilen Halles. — Am Milchvertrieb sind der einheimische gewerbsmäßige Milchhandel, der auswärtige ambulante Milchhandel und die Kuhhaltungen auf Stadtgebiet beteiligt. — Es wurden am Erhebungstage 104 einheimische Milchhändler gezählt, die an gewöhnliche Haushaltungen zirka 22 000 Liter Milch absetzten. 42 vertrieben die Milch in feststehendem Ladengeschäft (zirka 7700 Liter), 122 im ambulanten Milchhandel (19 300 Liter). Ein Drittel der Milchhändler betrieb den Milchhandel im kleinsten Umfange. Jeder von ihnen bezog durchschnittlich 22,7 Liter Milch. 96 Händler hatten einen Milchbezug von 51 bis 200 Liter Milch (pro Händler 110 Liter); 9 bezogen 201 bis 500 Liter Milch (pro Händler 288 Liter), 5 über 500 Liter (pro Händler 3925 Liter). Der Hallesche Milchhandel ist danach sehr zersplittert. — Weiter waren am Milchvertrieb 40 auswärtige ambulante Händler beteiligt, die an gewöhnliche Haushaltungen 5927 Liter Milch absetzten. Nur 4 von den 40 Händlern waren Landwirte, die die zum Verkauf gebrachte Milch in eigenem landwirtschaftlichen Betriebe gewonnen hatten. — 14 städtische Kuhhaltungen verkauften am Erhebungstage 1171 Liter Milch. — Ein wichtiges Moment für die Größe des Milchabsatzes sind die Milchpreise, bestimmt doch ihre Höhe wesentlich die Verbrauchsmöglichkeit der Ware. Ihre Entwicklung wird in der Schrift für eine Reihe von Jahren zurückverfolgt. Dabei ergeben sich im Verlauf der letzten 12 Jahre zwei Preissteigerungen von 16 Pf. auf 18 Pf. pro Liter Vollmilch zu Anfang des neuen Jahrhunderts, und von 18 Pf. auf 20 Pf. pro Liter Vollmilch im Jahre 1907. Als höchster und häufigster Preis wurde bei der Erhebung der von 20 Pf. ermittelt, als niedrigster der von 18 Pf. — Eine Untersuchung über den Milchverbrauch der Bevölkerung der Stadt Halle a. S. zu Genußzwecken läßt diesen gegenüber den von anderen Städten berechneten Milchverbrauch als auffallend gering erscheinen. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen am Erhebungstage nur 0,17 Liter frische Trink- und Kochmilch.

Der Verfasser hebt hervor, daß das Ergebnis mit den für andere Städte angestellten Berechnungen aber nicht schlechthin vergleichbar ist, insofern diese die zu gewerblichen Zwecken verarbeitete Milch nicht, oder wenigstens nicht vollständig in Abzug bringen, während für Halle unter Abzug jeglicher weiterverarbeiteter Milch lediglich die zu Trink- und Kochzwecken verbrauchte Milch in Rechnung gezogen ist.

Die Arbeit bringt mancherlei Belege für Schäden bei der Milchgewinnung, der Milchzufuhr und dem Milchhandel, die die Lieferung einer hygienisch einwandfreien Milch nicht immer zu gewährleisten scheinen. Es wird die Frage aufgeworfen, wie sich solche Schäden wirksam bekämpfen lassen. Als Mittel werden genannt: gesetzliche Einführung einer schon am Produktionsorte einsetzenden Kontrolle der Milchgewinnung und des Milchverkehrs, wie es auch die Milchhändlervereine nach Drucklegung der Schrift kürzlich ausgesprochen haben. Zentralisation des Milchverkehrs durch die Städte oder gemeinnützige Gesellschaften nach Muster der städtischen Schlachthöfe usw., genossenschaftliche Organisation der Milchproduzenten, und Konsumenten oder Milchhändler. Als ein großer Mangel des Systems der Regelung des Milchverkehrs durch Polizeiverordnungen der Städte wird es empfunden, daß diese nur für den Stadtbezirk Geltung haben, dessen Grenzen vom Milchverkehr naturgemäß ständig überschritten werden. Selbst gut ausgearbeitete Polizeiverordnungen der Städte werden eine volle Lösung der Frage der Milchversorgung eben wegen ihrer beschränkten Gültigkeit auf das Stadtgebiet nicht bringen. Mangels Einführung einer reichs- oder landesgesetzlich geregelten Kontrolle der Milchproduktion und des Milchverkehrs werden die Städte früher oder später der Frage der Gründung von Milchämtern, Milchwerken oder Milchzentralen (Milchhöfen) nähertreten müssen, wofern nicht etwa gemeinnützige Gesellschaften oder genossenschaftliche Organisationen die Milchversorgung unter behördliche Kontrolle in die Hand nehmen.

Auf diese sehr beachtlichen Schlußfolgerungen des Verfassers werden wir, wenn die Schrift uns vorliegt, noch zurückkommen müssen.

Historischer Tageskalender für Halle.

20. Juli.

1689. Die aus der Pfalz hier Eingewanderten erhalten die gleichen Privilegien wie die Hugenotten.

---

* **Ein Ferienausflug für Kinder** nach der Heide ist für Dienstag, den 26. d. M., geplant. Möge die Beteiligung recht lebhaft sein, denn der Tag verspricht ein ebenso freudiger zu werden wie das letzte Kinderfest im Volkspark. Jedes Arbeiterkind muß sich anschließen, auch wenn es mal keine so besonders schöne Kleider an hat! Ferien sind für alle Kinder, nicht zum Arbeiten, sondern zur Erholung da. Im Knolle Hütte werden, nachdem sich die Kinder vom Marsche erholt haben, Spiele in bunter Abwechslung veranstaltet; auch ist für Erquickung reichlich gesorgt. Der Abmarsch erfolgt um 3 Uhr von der Kröllwitzer Brücke und vom Hettstedter Bahnhofe. Zur Bestreitung der unvermeidlichen Unkosten soll jedes Kind 5 Pfg. mitbringen. — Das nächste Kinderfest im Volkspark ist für den 2. August in Aussicht genommen.

* **Ein Zwang zur Berrichtung gefährlicher Arbeiten** wird durch ein Urteil der letzten Gewerbegerichtsitzung ausgeübt. Der Filmvorführer H. klagte wegen ungerechtfertigter plötzlicher Entlassung gegen den Kinematographenbesitzer Zimmermann, Geiststraße 5, auf Zahlung von Lohn für 14 Tage. Der Vertreter der Firma behauptete, zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen zu sein, denn H. habe sich geweigert, einen im Programm vorgesehenen Film durch den Apparat zu lassen. H. erwiderte, der Film sei derartig defekt gewesen, daß beim Vorführen große Feuergefahr zu befürchten war. Drei sachverständige Zeugen bekundeten, daß der fragliche Film beschädigt war; ein Durchlassen durch den Apparat sei aber noch möglich gewesen, allerdings mußte dieses mit der größten Aufmerksamkeit und Vorsicht geschehen, denn ein Filmbrand sei sehr gefährlich. Der Kläger wurde trotz dieser Aussagen mit seiner Klage abgewiesen mit der Begründung: Er habe kein Recht gehabt sich zu weigern, den Film vorzuführen, nachdem das ausdrücklich von ihm gefordert wurde. Nach den Aussagen der Zeugen war eine Vorführung noch möglich und tatsächlich sei sie sogar noch zweimal erfolgt; wenn er dabei um sein eigenes Leben fürchtete, so sei das sein Pech. Er brauche sich ja dann einen derartigen Beruf nicht zu wählen.

Eine solche Begründung ist so ziemlich das Unbegreiflichste, was sich das hiesige Gewerbegericht in letzter Zeit geleistet hat. Wenn Vorsicht im Beruf durch solche Urteile bestraft wird, ist es kein Wunder, daß die Betriebsunfälle zunehmen.

* **Vom neuen Stellenvermittlergesetz.** Die auf Grund des § 8 des Gesetzes in Preußen erlassenen Ministerialvorschriften bestimmen, daß die gewerbsmäßigen Stellenvermittler als Geschäftsschild nur den Vor- und Familiennamen und die Bezeichnung „gewerbsmäßiger Stellenvermittler" anbringen dürfen, sowie die Berufe, für die sie vermitteln. Der Kaufmann Jeske, der ein großes Vermittlungsbureau in Berlin gekauft hat, hat käuflich miterworben die Firmenberechtigung des Vorbesitzers, der 1903 in das Handelsregister eingetragen wurde mit der Firma „Erstes Berliner Gesindevermittelungskontor Alwin Löw". Mit Rücksicht darauf glaubte Jeske, er könne auch noch nach Inkrafttreten des Stellenvermittler-Gesetzes vom 2. Juni 1910 und der daraufhin ergangenen ministeriellen Vorschriften ein großes Schild vor dem Geschäft weiter behalten, auf dem es heißt: „Erste Berliner Dienst- und Arbeitsbörse, früher erstes Gesindevermietungskontor, begründet 1815". Auch glaubte er sich auf das Handelsgesetzbuch und die §§ 15a und 148 Ziffer 14 der Gewerbeordnung berufen zu können. J. wurde aber von Landgericht wegen Uebertretung der erwähnten Ministerialvorschriften auf Grund der Strafbestimmungen des Stellenvermittler-Gesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er die Ministerialvorschriften nicht beachtet habe. Neben dem genannten Firmenschilde wurden auch Schilder für unzulässig erachtet, die angaben, welche Stunden für männliches Personal und welche Stunden für weibliches Personal die Geschäftsstunden seien.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Das Stellenvermittler-Gesetz gebe im § 8 den Landes-Zentralbehörden die Befugnis, weitere Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler zu erlassen. Das Ministerium sei daher berechtigt, im Rahmen des § 8 auch Vorschriften zu erlassen, welche mit dem Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs über die Firmenführung in Widerspruch ständen. Darum konnten die Vorschriften unter § 6, die hier in Frage kommen, erlassen werden. Den Vorschriften des Stellenvermittler-Gesetzes liefen sie nicht zuwider, und das sei entscheidend. — Im übrigen komme § 15a der Gewerbeordnung nicht in Frage, da er sich nur auf Läden beziehe. J. dürfe die gekaufte Firma auf Briefköpfen usw. weiter benutzen. Nur dürfe er sie nicht am Hause anbringen, weil das nach § 6 der ministeriellen Vorschriften unzulässig ist. Die Vorschrift soll der schreierischen Reklame und den blendenden Vorspiegelungen mancher Stellenvermittler entgegenwirken.

* **Steuerbefreiung während militärischer Uebungen.** Die übungspflichtigen Reservisten und Landwehrleute sind für die Monate, in denen sie zur Uebung bei der Truppe herangezogen werden, von der Steuer befreit. Wenn auch nur ein einziger Uebungstag auf den Monat entfällt, so bleibt doch der ganze Monat steuerfrei. Da jedoch ohne besonderen Antrag eine Steuerbefreiung nicht eintritt, so müssen die Betreffenden unter Vorlegung oder Einsendung des Militärpasses sich bei der zuständigen Behörde ihres Wohnortes melden und die Steuerbefreiung beantragen.

* **Aegypter im Zoologischen Garten.** Die farbige Karawane, welche gestern ihr Lager in der Schweriner Landesausstellung abgebrochen hat, siedelt im Laufe des heutigen Tages nach unserer Stadt über und wird wahrscheinlich gegen 10 Uhr abends ankommen. Die Zeit bis zur Eröffnung der Schaustellung — nächsten Sonntag — wird nun damit ausgefüllt, die Wohnräume und Arbeitsstätten fertig herzurichten, denn die Schaustellung wird diesmal die Bewohner des dunklen Erdteils nicht nur ihrem Können als Gaukler, Handwerker und dergleichen zeigen, dem Besucher soll ein möglichst vollständiges Bild einer nordafrikanischen Niederlassung vor Augen geführt werden. Die Schwierigkeiten, welche in der Zusammenstellung einer Karawane bestehen, welche ethnographischen Anforderungen wirklich gerecht wird, dürfen nicht unterschätzt werden. Es handelt sich darum, typische Vertreter der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu zeigen, und diese wissen sehr wohl, daß sie ein gesuchter Artikel sind, und erst nach langem Handeln und Bieten über das Gehalt, gelingt es dem Unternehmer, die Leute zum Mitkommen zu bewegen. Die Summen, welche da gezahlt werden müssen, sind oft sehr erheblich. Monatsgehälter von 200—400 Mark neben vollständig freier Reise und Verpflegung sind nicht selten, zumal wenn das betreffende Mitglied der Karawane ein geschickter Gaukler oder Handwerker ist. Besondere Schwierigkeiten macht bei einer Truppe, wie der unsrigen, das Engagement der Frauen. Das bringt die eigenartige Stellung des weiblichen Geschlechts unter dem Banner des Islam mit sich. Nicht nur werden jüngere Frauen von ihren älteren weiblichen Angehörigen gern zurückgehalten, auch die Eifersucht der Männer spielt hierbei eine Rolle. Namentlich aber die unglaubliche Unbildung und die sklavische Furcht vor der Frau und die sich hieraus ergebende Scheu vor der Oeffentlichkeit bringen es mit sich, daß unter den Vertreterinnen des schönen Geschlechts wenig Lust zur vorübergehenden Auswanderung vorhanden ist. Der Umstand, daß in früheren Jahren gewissenlose Unternehmer die Mitglieder ihrer Truppe nach Beendigung der Tournee einfach im Stiche gelassen haben, hat die Regierungen im Auslande veranlaßt, für jeden ausgeführten Farbigen eine hohe Kaution zu fordern, die Garantie bieten soll für ordnungsgemäße Rückkehr der Leute in ihre heimatlichen Gefilde.

* **Bei der Arbeit verunglückt** ist heute früh der Arbeitsburche Meise. Auf dem Hofe der Firma Burchard & Becker am Kleinen Sandberg wurde ihm ein durch ein Fuhrwerk vor der engen Einfahrt versehentlich herumgerissener Eisenträger so heftig gegen

Freitag den 21. Juli

Schlusstag unseres grossen Saison-Räumungs-Verkaufs.

Wir verweisen nochmals auf die **fabelhaft billigen Preise** für alle zur Räumung gestellten Waren.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstr. 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0007

das Bein geworfen, daß ein Unterschenkelbruch eintrat. Der Unfallwagen brachte ihn ins Elisabethkrankenhaus.

* **Ein unzulässiges Zeugnis** war einer Verkäuferin ausgestellt worden, die 14 Jahre in einem hiesigen Wäschegeschäft tätig gewesen war und vor dem Kaufmannsgericht klagte. Die Klägerin, die in der letzten Zeit ihrer Tätigkeit pro Monat 90 Mk. Gehalt erhielt, wurde von der Firmeninhaberin wegen angeblich unpassenden Benehmens am 24. Juni plötzlich entlassen. Das Gehalt wurde nur bis 1. Juli gezahlt. Die Verkäuferin hatte nun Gehalt für mindestens sechs Wochen wegen kündigungsloser Entlassung — 135 Mk. — zu verlangen. Sogar ein Unternehmerbeisitzer erkannte diese Forderung als durchaus berechtigt an, da das Handelsgesetzbuch sechswöchentliche Kündigung vorschreibt. Die Klägerin ließ sich aber leider durch einen Vergleich darauf ein, mit einem Monatsgehalt von 90 Mk. fürlieb zu nehmen. Das Zeugnis enthielt den unzulässigen Passus, die Verkäuferin sei wegen unpassenden Benehmens entlassen worden. Dieser Passus wird aus dem Zeugnis entfernt.

* **Tobsuchtsanfall.** In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Former in seiner Wohnung in der Lauchstedterstraße tobsüchtig. Bei der Zertrümmerung einer Fensterscheibe zog er sich schwere Verletzungen am Arm zu. Obwohl er stark blutete, konnte dem Mann — infolge der umständlichen Meldeeinrichtung zur Beschaffung des Krankenwagens — erst nach Verlauf von zwei Stunden Hilfe gebracht werden. Er fand nun Aufnahme in der Klinik und wurde später in eine Heilanstalt überführt.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Gartenkonzert findet am Freitag abend im Glauchaischen Schützenhaus statt. Die gutbesetzte Kapelle bietet ein reichhaltiges Programm.

Walhalla-Theater. Die Lokalrevue. Halle, sei mir gegrüßt, wird nur noch bis Sonnabend aufgeführt. Am Sonntag wird zum ersten Male die lustige Mannstedtsche Gesangsposse Der Stabstrompeter, Musik von Steffens, gegeben.

Könnern. Achtung, Parteigenossen! Sonnabend, den 22. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Bürgergarten zu Könnern eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da vom Bezirkssekretär Drescher-Halle ein Vortrag über den praktischen Teil des Parteiprogramms gehalten wird, ist ein recht starker Besuch erwünscht. Die Distriktsleitung.

Teicha, Morl, Merkewitz. Parteigenossen! Am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3½ Uhr, soll im Restaurant des Herrn Ronniger in Teicha eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfinden. Da verschiedene sehr wichtige örtliche Angelegenheiten erledigt werden sollen, werden die Mitglieder ersucht, sich vollzählig einzufinden.

Das Parteisekretariat.

Dieskau. Ertrunken. Gestern abend ertrank beim Baden in dem etwa zwei Meter tiefen Wasser einer Kiesgrube der Heizer Mach aus Halle. Seine Leiche wurde bald herausgezogen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Aus den Gerichtssälen.

Kaufmannsgericht.

Wann ist eine Provision fällig? Mit dieser Frage beschäftigte sich das Gericht in der Sache eines Geschäftsreisenden gegen eine hiesige Weinfirma. Der Kläger, der 16 Jahre in dem Geschäft tätig gewesen ist, verlangte eine Provision von 79,26 Mk., da sich das Geschäftsverhältnis durch den Tod des früheren Inhabers aufgelöst hatte. Der Vertreter der Firma erkennt die Forderung an sich als berechtigt an, bestreitet aber die gegenwärtige Fälligkeit, da Provisionen erst dann fällig sind, wenn die Zahlung für die gelieferten Aufträge eingegangen ist. Gesetzlich ist das zutreffend. Der Kläger macht aber geltend, daß es während seiner 16jährigen Tätigkeit in dem Geschäft üblich gewesen ist, die Provisionen — ganz abgesehen davon, ob die Zahlungen eingegangen waren oder nicht — stets am 1. Januar und 1. Juli zu verrechnen. Dies war ein Ausnahmefall. Man schloß deshalb einen Vergleich, nach dem vereinbart wurde, die Provision am 15. Oktober d. J. zu zahlen.

Gratifikationen sind Teile des Gehalts. Auf diesen Standpunkt stellte sich das Gericht in der Sache eines Handlungsgehilfen gegen die bekannte Versicherungsgesellschaft Iduna, die wieder einmal mit drei Prozessen an der Gerichtstafel „prangte". Der Handlungsgehilfe erhielt monatlich 100 Mk. Gehalt und sollte zu Weihnachten eine Gratifikation von 100 Mark bekommen. Er war vom 1. Januar bis 31. August 1910 in der Iduna tätig und forderte auf die acht Monate seiner Tätigkeit die Gratifikation von 66⅔ Mk. Der Vertreter der Firma meint, er erkenne die Forderung nicht an; die Gratifikation könne nicht als ein Teil des Gehalts angesehen werden. Keineswegs bestehe ein klagbares Recht auf die Gratifikation. Das „Geschenk" — denn nur um ein solches handle es sich — werde höchstens dann gezahlt, wenn das Dienstverhältnis zu Weihnachten noch bestehe. Der Kläger stützt sich auf frühere Entscheidungen des Kaufmannsgerichts, die Gratifikationen stets als Teile des Gehalts angesehen hätten. Die Iduna-Gesellschaft habe die Gratifikationen seit ihrem Bestehen gezahlt.

Das Gericht verurteilte dann auch die Gesellschaft zur Zahlung des geforderten Betrages. In der Urteilsbegründung hieß es, das hiesige Kaufmannsgericht habe in ständiger Praxis Gratifikationen als Teile des Gehalts angesehen, wenn sie nicht als besondere Geschenke gelten. Diese Gratifikation habe nicht den Charakter einer freiwilligen Gabe, sondern sie müsse als ein Teil des Gehaltes gelten, auf den die Angestellten von vornherein rechnen konnten.

Allerlei.

Ein Edelster und Bester.

Wegen versuchter Notzucht hatte das Divisionsgericht der Kommandantur in Berlin den 22jährigen Leutnant Freiherr Ottomar Hubert v. Gumpenberg zu sieben Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung hat am Mittwoch vor dem Oberkriegsgericht in Berlin begonnen. Nach dem Aufruf der Zeugen wurde sofort die ganze Oeffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Inzwischen sind auch ärztliche Gutachten eingeholt worden, die natürlich ergeben haben, daß der Leutnant erblich belastet ist, weil sein Vater, ein hoher Offizier, Alkoholiker war. Ueber den Werdegang des hoffnungsvollen Adelssprossen macht nun die gewiß unverdächtige Nationalzeitung folgende Angaben:

„Der junge Freiherr ist zunächst von Hauslehrern unterrichtet worden. Alsdann kam er auf die Jesuitenschule. Einige Monate war er Schüler des Kadettenkorps. Dort konnte er sich mit den Kameraden nicht vertragen, da er die Kadetten bürgerlicher Abkunft und die von niederem Adel mit Verachtung behandelte. Er ist schließlich auf verschiedenen „Offizierspressen" gewesen, um sich zum Fähnrichsexamen vorbereiten zu lassen. Trotzdem fiel er mehrfach beim Fähnrichsexamen durch und wurde erst durch die Gnade des Kaisers zum Fähnrich befördert. Als Fähnrich trat er in das Husarenregiment Nr. 2 in Langfuhr bei Danzig ein. Zuletzt war er Leutnant im 11. Pommerschen Dragonerregiment in Lyck. Sowohl in Langfuhr als auch in Lyck ließ er sich mehrfach Konzerte telephonisch aus Frankfurt a. M. geben. Wegen seiner Lebeweise erhielt er schließlich Urlaub zu einem längeren Aufenthalt in dem erwähnten Parksanatorium (in Pankow bei Berlin. D. R.). Hier soll er Gelegenheit genommen haben, die Freuden, die die Reichshauptstadt den Zahlungsfähigen bietet, in vollen Zügen zu genießen. Da die Unterstützungen der Mutter für das schwelgerische Leben des jungen Mannes bei weitem nicht ausreichten, so wandte er sich in Berlin an Wucherer. Diese sollen den jungen Offizier derartig gerupft haben, daß sich seine Schuldenlast schließlich auf 300 000 Mark belief, wofür er 20 000 Mark in bar erhalten hat. Die Mutter weigerte sich, diese Schuldenlast zu tilgen. Die Darlehnsgeber dürften aber trotzdem in absehbarer Zeit zu ihrem Gelde kommen, denn v. Gumpenberg ist nicht nur der einzige Erbe des großen Vermögens seiner Mutter, sondern er besitzt außerdem in Bayern ein Kronlehen."

In einem Berliner Café warf er nach dem Kronleuchter mit Goldstücken, die dann von den Gästen aufgefangen wurden. — Man muß sich fragen, wie dieser notorisch unfähige Mensch, der dumm aber reich war, zur Ernennung zum Fähnrich vorgeschlagen werden konnte. Welche unverantwortliche Stelle mag diesen Vorschlag gemacht haben? Stets und immer wird die hohe Begabung der einzelnen Mitglieder des Offizierkorps betont und nun auf einmal erfährt man, daß Leute auch Offiziere werden können, die nicht einmal ein Examen bestanden haben. Nur dem Umstand, daß er das Delikt der Notzucht versuchte, ist es zuzuschreiben, daß dieser Degenerierte, geistig nicht völlig Zurechnungsfähige, ausgeschaltet wurde. Unter anderen Umständen hätte dieser Abkömmling des Hochadels vermutlich noch einige Sprossen der militärischen Stufenleiter erklommen.

*

Das Urteil wider den Edlen.

Der vornehme Freiherr, dem sieben Monate Gefängnis für ein Notzuchtsverbrechen zu hoch erschien, hat in der Tat insofern Erfolg mit seiner Berufung gehabt, als es zwar bei dem früheren Urteil geblieben ist, ihm aber vier Monate auf die Untersuchung abgerechnet wurden. Der Verhandlungsleiter Oberkriegsrat Glasewald bemerkte in der Urteilsbegründung, der Gerichtshof hat angesichts des Verhaltens des Angeklagten bei der Tat keinen Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Angeschuldigten gehabt und durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung erlangt, daß der Angeklagte im vollen Umfange der Anklage schuldig ist. Die medizinischen Sachverständigen stimmten vollständig überein, daß der Angeklagte in einem Dämmerrauschzustande gehandelt habe — eine „Krankheit", die bekanntlich immer nur in den sogenannten besseren Kreisen vorkommt...

Kleines Allerlei. Die Cholera. Der am Mittwoch in Triest mit 200 Passagieren aus Brindisi eingetroffene Lloyddampfer Zemersami wurde in Quarantäne gestellt, da an Bord ein Kellner unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt ist. — Ein starkes Erdbeben wurde am Dienstag abend in Innsbruck und Umgegend wahrgenommen. Die Bewegung war stoßförmig und senkrecht, von donnerähnlichem Rollen begleitet. In der benachbarten Salinenstadt Hall war die Erdbewegung sehr stark. Die Leute rannten erschreckt auf die Straßen. Die Häuser erzitterten. — Schwerer Bauunfall. In Budapest wurde durch Herabstürzen einer schweren eisernen Traverse in einem Neubau der Plafond des ersten Stockwerkes durchschlagen und hierdurch ein Arbeiter getötet und sechs schwer, mehrere leicht verletzt.

Zentral-Bibliothek.

Ausgabestunden: Dienstags, Donnerstags abends 8—9 Uhr und Sonntags von 10—12 Uhr.

Ausgabeort: Für Nord Volkspark (Burgstraße 27), für Süd Ballsäle (Lerchenfeldstraße 14).

Extra billiger Verkauf!!

500 Jackett-Anzüge, nur modernste Muster und neueste Moden, um vor Eintreffen der Winterwaren möglichst zu räumen, zu folgenden, selten billigen Preisen:

Serie I	Serie II	Serie III
Herren-Jackett-Anzug in vielen Moden nur 7.75	Herren-Jackett-Anzug, in karierten und gestreiften Must. nur 11.50	Herren-Jackett-Anzug, wirkliche Prachtmuster, ein- und 2-reih. Fass. nur 15.50

Auf alle Waren 5 Prozent Rabatt.

Ernst Renner, 14 Marktplatz 14.

Rädlers Teerschwefelseife ist die beste. Stck. 50 ₰, Dtzd. 4.50. **Drogerie Rädler** nur Rannischestr. 2.

Einmachegläser

Vorteilhafteste Bezugsquelle.

M. Bär Nachf.

Fruchtpressen, sehr billig, bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Freitag Schlachtefest. Fr. Prinzke, Seebenerstr. 49.

Könnern. Von Freitag abend empfehle fr. Wurst und Schweinefleisch. **Albert Kühlewind,** Untergartenstraße 5.

Freitag Schlachtefest. G. Gerig, Triftstr. 28.

Brennholz fuhren- und korbweise, **300 □-Meter Bretter** bis Sonnabend zu verkaufen. Städtische Strassenbahn, Seebenerstr. 62. Otto Richter.

Sicherheits-Spiritusplätten Mk. 8.— empfiehlt **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Gelegenheitskauf. Ein Posten schik garnierte **Damenhüte** ohne Ausnahme Stck. 3-4 Mk., früh. 12-15 Mk. Schmeerstr. 5, I., Vorderhaus. *

Wohnungs-Anzeigen

Schöne Wohnung, hochpart., 4 Zim. u. reichl. Zubehör, Bad, Gärtchen, Balkon, f. preisw. z. 1. Okt. z. verm. Angerweg 45, hp. l.

Für **grössere und kleinere Ausflüge!** Spezialkarte des Saalkreises Preis 20 Pfg. Radfahrkarten in verschiedenen Preislagen. Spezialkarte des Harzes Preis 25 Pfg. Spezialkarte der Provinz Sachsen Preis 1 Mk. Spezialkarte Thüringens Preis 40 Pfg. Karte von Mittel-Europa Preis 50 Pfg. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Halle a. S.

Jeden Freitag Schlachtefest. Fritz Paul, Wörmlitzerstr. 108.

Aktenmappen aus gutem Rindleder, Mk. 6.50, bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Arbeitsmarkt

Schlosserlehrling stellt ein für e. Installationsgeschäft Königstrasse 5. *

Makulatur verkauft Hall. Genossensch.-Buchdruckerei.

Bei **Trauer-Fällen** weisen wir auf unsere stets reichhaltig vorrätige **Trauer-Konfektion** und **Trauer-Hüte** hin. Auswahlsendungen bereitwilligst. **Nussbaum.**

Noch immer wissen es die wenigsten Hausfrauen,

daß im Sommer Seefische viel fetter, zarter und billiger sind als im Winter. Die mustergültige Einrichtung unseres Großbetriebes ermöglicht uns, beste Ware zu folgenden, kolossal billigen Preisen zu verkaufen. Freitag und Sonnabend früh eintreffend:

Schollen alle Grössen ohne Kopf, **Kabliau** im Anschnitt Pfund **25** Pf.

Karbonaden, bratfertig	Pfund	30 Pf.
Schellfisch ohne Kopf	Pfund	30 Pf.
Bratschellfische	8 Pfund	50 Pf.

— Alle anderen Seefische billigst. —

Aus eigener Räucherei:

Schellfisch	½ ℔ 20 Pf.	Forellenstör
Seelachs	½ ℔ 20 Pf.	Kieler Flundern
Flundern i. Stücken	½ ℔ 30 Pf.	Hamb. Fettbücklinge

Nordsee Deutsche Dampffischereigesellsch.

Größtes Hochseefischerei-Unternehmen der Welt.

Grosse Ulrichstr. 58. Tel. 1275.

Vertreter: Alb. Assmus.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2) 19. Juli.

Aufgeboten: Bankbeamte Holleck und Margarete Heinrich (Volkmannstraße 8 und Alte Promenade 31). Kernmacher Schulze und Ida Kopf (Kl. Märkerstr. 3 und Bennstedt). Schuhmacher Vorsatz und E. Rudolph (Düben und Halle). Telegrapheninspektor Räbiger u. Rosa Mühring (Halle und Gotha). Arbeiter Eckardt und F. Butzmann (Halle und Bösenburg). Maurer Rietzel und L. Schmidt (Rottleberode und Beesedau). Oberkellner Claus und Gertruda Gunkel (Münster und Elbingerode).

Geboren: Arbeiter Schüppell aus Petersberg S. (Klinik). Arbeiter Schröter T. (Lilienstr. 5). Fleischer Brehme T. (Freiimfelderstraße 36).

Gestorben: Martha Kürschner aus Wiehe, 14 J. (Klinik). Verstorbenen Gärtner Neumann T., 9 Monate (Glauchaerstraße 39). Landwirt Graf aus Neudorf, 25 J. (Klinik). Arbeiters König aus Genthin Ehefrau Minna gebor. Gericke, 42 J. (Klinik). Schlosser Lier aus Merseburg, 23 J. (Bergmannstrost). Schuhmacherm. Hofmann a. Weißenfels, 55 J. (Klinik). Formers Kunth S., 11 Stunden (Schlosserstraße 12). Privatmann Deichmann, 72 Jahre (Zwingerstraße 22). Student Dahlhaus, 25 J. (Reilstr. 22). Geschiedene Diesing, Emma, geb. Warthmann aus Dornitz, 43 Jahre (Elisabeth-Krankenhaus). Invalide Edler, 58 J. (Streiberstr. 26).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 8a) 19. Juli.

Geboren: Sergeanten Worch T. (Hardenbergstr. 18). Tischler Kohlmann S. (Weißenburgstr. 14). Maler Burghardt T. (Gr. Gosenstraße 20). Maurer Lenz Tocht. (Gr. Brunnenstraße 25). Oberpostpraktikanten Dr. phil. Günther S. (Seebenerstr. 59).

Gestorben: Fleischers Bertin Ehefrau, Karoline, geb. Rulff, 38 Jahre (Freiimfelderstr. 15). Verw. Riesmeyer, geb. Sroka, aus Wegeleben, 43 J. (Nervenklinik).

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110721-15/fragment/page=0008